

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntem Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
Voraus zahlbaren
Mietjahrespreis von:
Mk. 4.40 für Preussland (Post
per Post-Geld)
Mk. 2.75 für Österreich (Post
per Post-Geld)
Mk. 2. — für alle übrigen Länder
des Weltverkehrs (Post-Geld).

Inserte
die dreifache Zeile
2 Pence — 25 Wg. — 50 Wg.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co., London N.W.
114 Kentish Town Road.
Postbezug
Franko gegen Eins.
Quartalsweise
nach England fallen Doppelporto.

Nr. 25.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich von uns „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung der Postvorschriften abgeben lassen. In der Regel läßt man die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In posthaltigen Fällen eingeschrieben.

21. Juni 1890.

Etwas über taktische Fragen.

I.

Ein amerikanisches Parteiorgan, das „St. Louis Tageblatt“, hat neulich den von der sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Reichstage eingebrachten Arbeiterschutzgesetzentwurf besprochen und ist dabei mehrfach zu abweichendem Urtheil gekommen. Ganz abgesehen davon, daß die Verfasser des Entwurfs weit entfernt sind von der Prävention, in ihm etwas Vollkommenes geleistet zu haben, hat die Kritik von Seiten eines Blattes, das seine Sympathie mit der deutschen Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit bewährt hat, nicht nur Anspruch auf volle Berücksichtigung, wir heißen sie sogar willkommen. Abweichende Ansichten müssen offen ausgesprochen werden, um entweder widerlegt oder — beherzigt zu werden. Eine Diskussion mit Leuten, die nicht, weil ihnen das Nörgeln Bedürfnis ist, sondern in unverkennbar gutem Glauben ihre Bedenken geltend machen, ist auch schon deshalb erprießlich, weil man annehmen kann, daß sie es nicht allein sind, welche diese Bedenken hegen. Und thatsächlich, um es gleich vorauszusagen, ist die Auffassung, welche den Ausführungen des „St. Louis-Tageblatt“ zu Grunde liegt, uns auch sonst häufig in sozialistischen Kreisen begegnet, so daß uns die Erörterung derselben doppelt geboten erscheint.

Zwei Punkte sind es vor allen Dingen, welche das „St. Louis Tageblatt“ am deutschen Arbeiterschutzgesetzentwurf bemängelt. Zunächst die Terminbestimmung für die Durchführung des gesetzlichen Achtstundentages.

„Das Hinanschieben des gesetzlichen Achtstundentages auf das Jahr 1898“ — schreibt es — „und des gesetzlichen Neunstundentages auf 1894 halten wir für einen taktischen Fehler.“

Hören wir, wie es diese Ansicht begründet:

„Unsere Genossen in Deutschland wollten die Industrie nicht erschrecken, beziehentlich ihr Feind geben, sich vorzubereiten. Aber diese Termine sind so ungeschicklich, so unangenehm lang, daß das Denken nicht den Lebensmuth der Arbeiter stärken kann, sondern das Warten sie ermüden muß.“

Zagen wir es lieber gleich heraus:

Der Wunsch dieses Gesetzes läßt den sozialistischen Geist, weil es den Arbeitern die schwerere Geduldsprobe zumuthet, acht Jahre am Achtstundentag zu zimmern.

Ideal und Wirklichkeit sind hier auf fast unüberwindliche Distanzen von einander entfernt; revolutionärer Wille und Unterthanen-Sanktmuth in nahezu konstanten Gegenstand gebracht.

Wir erinnern uns daran, daß Powderley, dieses Muster von rechnungsgründiger Bedächtigkeit, den Weg vom zehnstündigen zum Achtstündigen in 3 bis 4 Jahren zurückzuführen vorgeschlagen hat. Er wollte, daß man von Jahr zu Jahr eine kurze Etappe überwinde; erst einen allgemeinen Arbeitstag von 9, dann von 8 $\frac{1}{2}$, schließlich von 8 Stunden bilde.

Die „Rehabilitation of Labor“ hielt die allgemeine gleichmäßige Reduktion für dergestalt unannehmbar und wählte die Methode, eine Branche nach der andern den Achtstundentag erobern zu lassen, so daß die allgemeine Einführung desselben ebenfalls mehrere Jahre in Anspruch nehmen würde.

Wir ziehen die letztere Methode der Powderley'schen vor, weil sie effektvoller ist.

Das Beispiel, welches einige Berufszweige der Arbeiterwelt geben, daß der Achtstundentag allseitig heilsam wirkt, ist von ungeschätzbarem Werthe; es vermindert die Einwände der Unternehmer: „Wir können nicht; wir werden ruiniert.“

Man ist allerdings der Verheißung deutscher Verhältnisse von den amerikanischen gebührend Rechnung zu tragen; die systematische Deutsche Deutschlands verpönt jede Ueberstürzung.

Daß unsere deutschen Genossen im Gesetzgebungswege von Etappe zu Etappe kurren müssen, nicht von 11 oder 12 gleich auf 8 Stunden springen können, das ist wohl selbstverständlich. Aber warum für die Vorbereitung einer Reduktion von 10 auf 9 und von 9 auf 8 Stunden je vier Jahre für nöthig erachtet werden, hierfür fehlt uns in Amerika die Einsicht.

Gelegentliche Verkürzung der täglichen Ausbentungsfrist dünkt dem Kapitalistengeist ohnehin eine freche Humbug — gleich viel, wie groß oder wie gering die verlangte Reduktion der Arbeitszeit sein soll. Die Anstrengungen, den Widerstand der Kapitalisten und deren Organe — der Presse und der Reichstags-Majorität — zu überwinden, werden daher bei der allerbedeutendsten und zudem Förderung der deutschen Sozialisten, zunächst den zehnstündigen zu inaugulieren, dieselben sein, ob sie dem zehnstündigen oder jährigen oder jährigen Frist bewilligen.

Was erheblich höhere Sätze des Achtstundentags, als eine tägliche, würde den Geist der Arbeiter mit Hoffnung und Muth beleben; die Quader in der Verbreitung der sozialistischen Lehre von der Erledigung der Menschheit wesentlich fördern.

Aber „acht Jahre“ — wiederholen wir — ist gleichbedeutend mit Erschlaffung.

In 8 Jahren kann das Gesetz Sonal widerrufen werden; in 8 Jahren können die Kapitalisten ungeschätzliche Mittel und Wege erfinden, um den Erfolg der Arbeiter zu vereiteln.

„Acht Jahre auf den Achtstundentag warten, das ist sogar ein Jahr mehr, als Jakob um die Rachel gedient hat.“

Und selbst dieser erschläufige Erzwiler ist geprellt worden und magte nochmals 7 Jahre dienen, da ihm Loth untergeschoben wurde.“

Soweit das „St. Louis Tageblatt“.

Wir können seine Bedenken in keiner Weise theilen.

Die Vergleiche mit der amerikanischen Achtstundentagsbewegung treffen schon deshalb nicht zu, weil es sich bei jener um die Erklämpfung des Achtstundentages vermittelst der bloßen Macht der Organisation und Koalition, in Deutschland aber um die Durchführung des Achtstundentages durch ein staatliches Gesetz handelt. Dieses soll allgemein sein, alle industriellen Betriebe einschließen, während der gewerkschaftliche Kampf nur einen mehr oder minder weiten Kreis vorgeschrittener Industrien und Betriebe umfaßt. Weiter. Selbst Powderley's

Plan spricht von der stufenmäßigen Herabsetzung des zehnstündigen Arbeitstages auf neun und später auf acht Stunden, nimmt also den zehnstündigen Arbeitstag als gegenwärtigen Normalzustand an. Das mag für Amerika im Allgemeinen stimmen, in Deutschland haben wir jedoch noch mit dem 11, 12 und selbst 14stündigen Arbeitstag zu rechnen, obwohl eine ganze Reihe von Arbeitern zehn — ja neunehalb und gewisse Kategorien auch nur neun Stunden arbeiten. Für diese wäre das zehnstündigengesetz scheinbar werthlos — aber auch nur scheinbar, denn thatsächlich würde es ihre Position ebenfalls verbessern. Für diejenigen Betriebe jedoch, in denen heute 12 und 14 Stunden gearbeitet wird, ist der sofortige Sprung auf den achtstündigen Arbeitstag ohne erhebliche Störungen, bei denen die Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen würden, unter den gegebenen Verhältnissen nicht durchführbar. Hier müßte also ein schrittweises Vorgehen in's Auge gefaßt werden.

Dies zugegeben, und auch das „St. Louis Tageblatt“ erklärt es für „selbstverständlich“, daß im Gesetzgebungswege „von Etappe zu Etappe“ geschritten werden muß, war es nach unserer Ansicht nur konsequent, daß für die weitere Herabsetzung des gesetzlichen Arbeitstages die Termine so gesetzt wurden, daß jeder Einwand, der von der nun einmal notwendigen Erhaltung der technischen Leistungsfähigkeit und Beständigkeit der Betriebe ausgeht, von vornherein ausgeschlossen war. Es gibt in dieser Hinsicht nur zwei Wege:

Entweder man stellt ein relatives Endziel — hier also den gesetzlichen Achtstundentag — als Forderung auf, und überläßt es den Gegnern, soviel oder sowenig davon zu bewilligen, als sie nach Lage der Dinge zu bewilligen sich genöthigt fühlen.

Oder man bemißt die Forderung so, daß sie sofort realisierbar ist. Dann heißt es aber, wenn man das Endziel nicht ganz in den Hintergrund treten läßt, auch den Weg zu diesem unter Berücksichtigung der thatsächlichen Verhältnisse abzustrecken.

Das Erstere wird in der Regel vorgezogen, solange eine Bewegung noch jung und wenig stark ist, weil alsdann das propagandistische Moment ausschließlich in Betracht kommt, das Zweite, sobald die Bewegung erstarkt, Volksbewegung geworden ist.

Auch die amerikanischen Gewerkschaftler gehen nicht anders vor. Bereits die Zimmerer haben da, wo bisher zehn Stunden gearbeitet wurde, sich mit dem neunstündigen Arbeitstag begnügt, und bei jeder neuen Branche, die in den Kampf eintritt, wird sich das entsprechend modifizieren. Und trotzdem sie unter günstigeren Verhältnissen kämpfen als unsere deutschen Genossen, werden die Amerikaner froh sein können, wenn sie es auf Grund ihres Feldzugsplans wirklich bis 1898 zur allgemeinen Durchführung des Achtstundentages gebracht haben. So sympathisch wir ihrem Vorgehen gegenübersehen, haben wir doch in dieser Hinsicht noch unsere starken Zweifel.

Wenn Herr Powderley seinerseits den End-Termin der schrittweisen Durchführung des Achtstundentages auf 1894 gesetzt hat, so war das sicher der geringste Fehler seines Planes. Wäre derselbe sonst durchführbar gewesen, so hätten wir ihn dem der Gewerkschaftsföderation unbedingt vorgezogen. Der Plan litt aber leider daran, daß er absolut in der Luft schwebte, nicht Fleisch noch Fisch war. In der Theorie dem Plan der Arbeitsföderation voraus, weil er die Allgemeinheit der Arbeiter umfaßt, bleibt er in der Praxis weit hinter ihm zurück, weil er von dem Mittel absteht, das allein der Allgemeinheit der Arbeiter die verkürzte Arbeitszeit sichert: die Gesetzgebung.

Der deutsche Entwurf, der von dieser ausgeht, hatte dabei notwendigerweise dieselben Rücksichten zu beobachten, die die Gewerkschaften in ihrem Koalitionskampf obwalten lassen. Er müßte — wollte er nicht den Boden des heute Durchführbaren verlassen — die Kräfte so stellen, daß für alle technischen Veränderungen u., die der verkürzte Betrieb nöthig macht, Zeit genug gegeben war. Und es ist kein Land vorhanden, in dem die Herabsetzung der Arbeitszeit schneller vor sich gegangen wäre, als sie der deutsche Entwurf vorsieht. Weit entfernt, den Arbeitern die Hoffnung zu nehmen, sie zu „erschaffen“, wie das „St. Louis Tageblatt“ fürchtet, kann er sie nur ermuntern. Acht, bezw. sieben Jahre sind ja für den Einzelnen eine lange Zeit; eine Ewigkeit, verglichen mit der Schnelligkeit, mit der wir theoretisch einen Gedanken erfassen und ausarbeiten. Aber wir sind heute aus der Area der vagen Träume heraus, unsere Arbeiter wissen, daß die Durchführung ihrer vollen Emanzipation nur die Frucht der Arbeit ganzer Generationen sein kann; warum sollte sie der Gedanke, eine so wichtige Etappe auf diesem Wege, wie der Achtstundentag, bis 1898 zu erreichen, einschüchtern oder gar „den sozialistischen Geist erlöden“? Wir können das absolut nicht einsehen. Der sozialistische Geist hängt nicht an utopischen Wünschen, sondern an dem Erreichten des Wesens und der Gesetze des gesellschaftlichen Organismus und dem entsprechenden Handeln. Wer diese Erkenntniß und den Willen zum Handeln hat, der ist zehnmal besser vor dem Erschlaffen geschützt als Derjenige, der sich in Illusionen wiegt, der heute den Himmel stürzen zu können wähnt und morgen sich an der ersten besten Mauer den Kopf einschlägt.

Unsere Wünsche entspricht es natürlich nicht, daß es noch sieben Jahre dauern soll, bis der achtstündige Arbeitstag allgemeines Gesetz ist, aber unser Verstand sagt uns, daß die heutigen Verhältnisse vorausgesetzt, eine schnellere Erreichung dieses Zieles nicht durchführbar ist, und er sagt uns ferner, daß wenn der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion — zehnstündige Arbeitszeit 1891, neunstündige 1894 und achtstündige 1898 — Gesetz würde, dies eine physische Regeneration der deutschen Arbeiterklasse bedeuten und für den ferneren politisch-sozialen Emanzipationskampf derselben von ganz enormem Werth sein würde. Das Prinzip erst zugestanden, ist die Frage des Termins, wenn derselbe nicht in unsinniger Ferne gerückt ist, verhältnismäßig untergeordnet.

Und daß der Termin, den die sozialdemokratische Fraktion gewählt, nur den Verhältnissen entspricht, das wird unser St. Louiser Kollege, wenn er sich die Sache noch einmal ruhig überlegt, wohl selbst einsehen. Wir sind davon so sehr überzeugt, daß wir ihm im Vertrauen darauf den Rückfall in das alte Testament schenken.

Mehr begründet als der im Vorstehenden Besprochene erscheint uns der Einwand des „St. Louis Tageblatts“ gegen einen andern Theil des Arbeiterschutzgesetzentwurfs. Darüber indeß in einem zweiten Artikel.

Soziales Königthum oder Bourgeois-Republik.

Unter dem Titel „Deutschlands Aussichten“ veröffentlichte A. D. Wright, der Redakteur des „Journal of Knights of Labor“, neulich einen bemerkenswerthen Artikel, der sich im Wesentlichen um die Frage dreht, was besser sei für die deutsche Arbeiterklasse, die Umwandlung Deutschlands in eine liberale Bourgeoisrepublik, oder die Fortentwicklung des heutigen Regierungssystems, das sich mit seiner stammes Zentralverwaltung Soziales Königthum nennt.

Das „Pöhl-Tageblatt“, das von Wright sagt, daß er „unstreitig einer der besten, wenn nicht der beste sozialistische englische Tages-Schriftsteller in Amerika sei“, faßt den erwähnten Artikel wie folgt zusammen:

Dieser Aufsatz wendet sich gegen eine in amerikanischen Zeitungen publicirte Abhandlung des größten spanischen Schönredners Castelar, welcher gegen die neuere deutsche Sozialpolitik gerichtet ist und darin giftig, daß es vergeblich sei, von einem kaiserlichen Mechanismus, wie er in Deutschland existirt, eine Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen zu erwarten. Wer eine Welt für die Massen, für die Arbeiter schaffen wolle, müsse damit beginnen, daß er seinen Barren ablege und seine Armee aufhebe. Er müsse eine Gesellschaft von Produzenten, einen demokratischen Staat schaffen, der ein lebender Organismus sei, in welchem die zwei fundamentalen Prinzipien der Demokratie, Freiheit und Gleichheit lebendig wirken. Gegen diese Abhandlung, die in der Hauptsache lediglich enthält, was in Amerika unbestrittenes politisches Glaubensbekenntniß ist, wendet sich der Amerikaner Wright wie folgt:

Der „kaiserliche Mechanismus“ in Deutschland ist ein besserer Ausgangspunkt für den Entwicklungsprozeß, welcher zu der freien industriellen Gemeinschaft der Zukunft führt, als der schrankenlose Individualismus der angelsächsischen Gesellschaft. Die Disziplin, Ordnung und systematische Routine des deutschen Militärsystems hat den Weg für die industrielle Kooperation gebahnt. Würde der deutsche Kaiser dem Rath Castelars folgen, seinen Barren ablegen und seine Armee auflösen, so würde das beim gegenwärtigen Stand der öffentlichen Meinung lediglich zur Bildung einer weiteren Affer-Republik führen, welche von Monopolisten durch Politiker beherrscht wird, die jenen zu Willen sein müssen.

Die legitime Entwicklung der Freiheit in Deutschland schlägt andere Bahnen ein. Es wäre ein Unglück, wenn der Staat auch nur ein Jota seiner jetzigen Autorität abgäbe. Das Geschick der Regierungen ist, zu regieren und nicht die wichtigsten Interessen des Volkes dem Zufall oder dem Spielball der Konkurrenz zu überlassen. Jeder Arbeitsreformer, welcher den Fortschritt unserer Sache in Europa sympathisch verfolgt, wird hoffen, daß die deutsche Regierung alle ihre Macht behält und die ökonomische Situation mit starkem Griff ergreift, anstatt dem verfehlten Kurs Englands und der Vereinigten Staaten zu folgen und die wichtigsten Funktionen des Staates Monopolisten zu überlassen.

Der wahre Fortschritt wird darin bestehen, daß allmählich die Herrschaft des Kaisers durch diejenige des Volkes, militärische und politische Bestrebungen durch ökonomische ersetzt werden, aber die Macht des Staates ungeschwächt erhalten bleibt. Das wird viel leichter zu bewerkstelligen sein, als wenn das Kaiserreich gestürzt und die sog. „Freiheit“ nach dem angelsächsischen go as you please Plan etabliert würde.

Der Fehler des modernen sogenannten Liberalismus ist, daß er in seiner Feindschaft gegen despotische Regierungen beständig bestrahlt war, die Macht und Verantwortlichkeit des Staates zu vermindern, anstatt bloß die Grundzüge dieser Macht zu erweitern. Er handelte nach dem Grundhah „wir sind zuviel regiert“ und erweiterte das Gebiet der Konkurrenz. Indem er das that, überließerte er die Erzeuger des Reichthums einer Bande von Banditen, die ebenso ungerecht und erbarmungslos sind, wie die kaiserliche und kaiserliche Despotie, welche sie verdrängt haben und nun das lauzischen in politischer Hinsicht freigeordnete Volk der Maschinen bedrauen, um die Erzeugung und Vertheilung der Güter zu kontrollieren.

Es wäre traurig, wenn Deutschland diese Fehler wiederholte. In seinen Regierungsmethoden und in der Gemessenheit der Disziplin und Organisation, welche durch die allgemeine Wehrpflicht gesichert wird, liegt die Keime eines besseren sozialen Systems. Es bleibt bloß übrig, die herrschenden Funktionen in ihrer vollen Ausdehnung von der Krone an die Repräsentanten des Volkes zu übertragen — eine Veränderung, welche sich jetzt rapid in fast allen europäischen Ländern vollzieht — und anstatt der militärischen die industrielle Organisation zur dominirenden Idee zu machen — und die Schwelle einer neuen und schärferen Aera zu erreichen.

Soweit Wright. Das „Pöhl-Tageblatt“ knüpft seinerseits folgende Bemerkungen an seine Darlegungen:

Er — der Artikel — ist bemerkenswerth schon deshalb, weil er die Staatsdece im Gegensatz zu der anglo-amerikanischen — Abwesenheit einer solchen vertritt. Das ist viel, sehr viel von einem Amerikaner. Aber in der Hauptsache können wir uns mit ihm nicht einver-

standen erklären. Gemäß hat das deutsche Volk nicht die mindeste Reue, das Ideal Götter zu verwirklichen. Der fadenförmige Schöpfungsliberalismus ist dort gründlich erkannt und hat ebenso gründlich ausgepickt. Soweit ist gegen Bright's Auffassung nichts einzuwenden, aber auch nur soweit.

Der fundamentale Irrthum Bright's liegt in dem letzten Satze seines Artikels, der mit den Worten beginnt: „Es bleibt bis jetzt...“, so, wenn das nur so fange! In Wirklichkeit wird der Imperialismus, welcher nur unendlich gefährlich wäre, wenn ihm die Funktionen der Bourgeoisie mehr und mehr übertragen werden — durch Verstaatlichung der Eisenbahnen, Minen und der Industriezweige, — so gestärkt, daß das Parlament rein ohnmächtig gegen ihn wäre. Von einer allmächtigen Entziehung seiner Gewalten könnte daher keine Rede sein; sie wäre nicht möglich.

Deshalb opponiren auch die Sozialisten in Deutschland allen den Verstaatlichungs-Vorhaben, jeder weiteren Stärkung dieses Staates, der — und dies übersehen Bright vollständig — nicht nur selbst das Volk anbeutet und unterdrückt, sondern die Ausbeutung desselben durch die Kapitalisten und Monopolisten noch fördert, positiv fördert, während das analogische System wenigstens die Regierung zwingt, „hands off“ in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit zu halten. Das Ergebnis ist nachfolgend: Die englischen Arbeiter haben sich bessere Arbeitsbedingungen erkämpft, als die deutschen, und außerdem bessere gesetzliche Schutzmaßregeln — obwohl sie keine „väterliche“ Regierung haben.

Von Weitem macht sich die Sache sehr schön — das gilt auch für Bright's Betrachtungen über das deutsche Regierungssystem. Würde er unter demselben zu leben gezwungen sein, so würde er finden, daß die „Disziplin“, die er so sehr rühmt, zu schwer erkaufte ist, und noch schwerer erkaufte werden muß: nämlich durch den Sturz des imperialistischen Systems. Wenn dieser einmal stattfindet, dann gibt es in Deutschland keine Herrschaft des Kapital-Liberalismus mehr, wie sie jetzt Frankreich unter dem Ausschuldungs der Republik hat. Auch dem Sozial-Moralismus kann nur die Sozial-Demokratie kommen.

Wir können dem im Wesentlichen nur zustimmen. Dem Amerikaner, dem sich infolge der demokratischen Institutionen seines Landes die bürgerliche Korruption in ihrer ganzen Nacktheit zeigt, muß ganz naturgemäß die strenge Justiz in der deutschen Reichsverfassung imponiren, die scheinbar die Auswüchse der Bourgeoisie unterdrückt, tatsächlich aber bloß sie in andere Formen zwingt. Und, wie früher schon bemerkt, blühen wird von dem neuen Staat, was geistlich, ungeheures Aufsehen gemacht, das viele Schlechte und Ungeheures aber bewahrt, die Kritik in jeder Weise beeinträchtigt, mundtot gemacht, drücken wird das Gute als selbstverständliches hingeworfen, jeder Mißbrauch aber rückhaltlos an's Licht gezerrt und gebrandmarkt, so daß der Beschauer hier wie dort ein solches Bild empfängt. Auf dem Karck wird gefächelt, gerannt, gefeilt, überdort, man glaubt unter lauter Spinnweben und Schuppen sich zu befinden; in den Büreaus herrscht feierliche Stille, da wird gehoramt, rapportirt, respektvoll geflüstert, ein ideales Bild — von dem man, Drinnen aber, wie viel Ränke werden geponnen, welche Heuchelei in der respektvollen Verbeugung, wie viele Niedertracht in den gehorsamsten Berichten!

Uebrigens, jedes Ding hat seine zwei Seiten. Indem der moderne Moralismus sich als Wohlthäter der Arbeiter erhebt und gleichzeitig die Bourgeoisie in ihrem Ausbeutungswerke fördert, fördert er wider seinen Willen die Untergrabung seiner eigenen Bedingungen. Er zwingt den Arbeitern die Erkenntnis förmlich auf, daß ihnen kein Mittel der Rettung bleibt, als die Eroberung politischer Macht, der Herrschaft im Staat. Er arbeitet mit Kleinfritten auf seinen eigenen Vantrott hin. Trifft dieser aber ein, so führen alle Institutionen, die vorher ihm Mittel der Unterdrückung waren, ihre Spitze gegen ihn, werden Mittel zu seiner Unterdrückung. Dann erst, aber nicht früher, werden die Vorteile des „säuerlichen Mechanismus“, von denen Bright spricht, für die Arbeiterklasse greifbar annehmbar. Einsteilen sind sie Anfangsmaß.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 18. Juni 1890.

Die Wahrheit ist oft phantastischer als die Dichtung, wie das Sprichwort sagt — und in der That, die Wirklichkeit übertrifft oft die kühnsten Verbindungen der Einbildungskraft. Das Schicksal, von welchem Fürst Bismarck ereilt worden ist, legt Zeugnis für diesen Satz ab. Der grimmigste, unverjöhlichste Feind des Kaiser und Kaiserthums hätte keine so raffinierte Strafe für ihn erfinden können, als die Wirklichkeit sie ihm gebracht hat. Kein Prozeß wegen Hoch- und Landesverrats, Unterdrückung, Verleumdung im Amt, Republikanismus, Vermögensabschöpfung, Todschlags, Morde u. s. w. — Alles Auflagen, die sich gegen den Kanzler a. D. sehr leicht hätten erheben und begründen lassen — kein Prozeß hätte den infamen Ueberdeh des infamen Sozialismus so furthbar demüthigen, vor der Welt so lammerproh, so verächtlich erscheinen lassen können, als dies thatsächlich geschehen ist. Das allmächtige Ministerium und Minister plöcklich zu Fall kommen, und entweder in der Nacht des Privatlebens verdrückt oder ein tragisches Ende nehmen, das ist schon verächtlich erlich worden. Steis aber wurde dem Gefährten in höherem oder niedrigerem Grade — je nach der Verlöslichkeit des Mannes — jene menschliche Sympathie zu Theil, welche ein lächerliches Schicksalwechsel in jeder fühlenden Brust zu erwecken pflegt.

Die Gewandtheit, mit welcher die Nemesis an Bismarck die Strafe vollstreckt hat, besteht hierin, daß ihm diese allgemeine menschliche Sympathie entgegen worden ist. Und um dies zu erreichen, hat die Nemesis sich seiner selbst bedient. Er, der Herrscher des 19. Jahrhunderts, der Säkularismus, der „große Staatsmann“, um welchen die ganze Welt und beneidet, der Schöpfer Deutschlands, der Abgott, der Halbgott, der Göttergott, der Uebergöttliche, wie seine eigene Soldateska ihn dem Volk dargestellt hatte, er steht plötzlich, seiner diktatorischen Gewalt beraubt, in der absterbenden Ohnmacht und erbärmlichen Kleinheit seiner Person vor dem deutschen Volk, vor allen Völkern der Erde, und reißt mit der selbstmörderischen Wuth alkoholischer Götzen- und Verfolgungswahn die letzten Fäden weg, hinter denen seine Wähe sich verhielt. Gegen um jeden reißt er herum, die Samme behagter Schwärzerei fragt er herunter, die Goldkinder, mit denen er sich als Jahrmärkte-Jupiter hat ausgestattet lassen, wurden von ihm selbst in alle Winde geschleudert — in toller Raschheit, um „seinen Kaiser“ zu ärgern, vertraut er hergelassenem Begegnung — „Erbsünden“ und „Neidseiden“ — die kompromittirtesten Geheimnisse an, trägt die bodenlose Unwissenheit (in sozialen Dingen) zur Schau, stellt sich selbst als elender Heuchler und Lügner hin, kurz, es ist ein Ende, wie der grimmigste, unverjöhlichste Feind es für ihn nicht gleich fürthbar hätte erfinden können.

Der letzte Akt von Selbstherrlichkeit ist dem „Kampfbüchsen-Geis“ noch durch die Wirkungslosigkeit seines Lebens genommen worden: kein Gahn trägt nach ihm. Verachtungsvoll strast sein gehähter Nachfolger ihn durch — Nichtbefragung: „Voh! ihn gewöhren, er ist ein einfacher Privatmann, der nichts zu sagen hat, und der nicht zu werth ist, daß wir seinen eigenen Armin-Paragrafen auf ihn anwenden.“ Und wo sind die Millionen, die einst den „populärsten Mann des Jahrhunderts“ anbeteten? Von ein paar Millionen abgesehen, mit denen er Geschäfte gemacht, will Niemand mehr etwas von ihm wissen, und als vorige Woche in der Militärkommission Herr Caprivi, der neue Kanzler, sich den Oberer erlaubte: „Wünscht etwa Jemand den alten Reichskanzler zurück?“ da verlegten sogar die National-Liberalen den Abgott.

Lebendig begraben, und nur deshalb nicht ein Gegenstand des Mitleids, weil er jeden Anspruch auf Mitleid tausend- und aber tausendmal verweigert hat — verflucht von Millionen, geliebt von Niemand, gesüßet von Niemand, geschmäht von Niemand, bedankt von Niemand — die Nemesis hat wunderbar gerecht ihre Arbeit verrichtet: der Größe der Schuld entspricht die Größe der Strafe.

— Militärische Annehmlichkeiten. In der „Fest. H.“ sagt ein Kolender bitter über die schlechte Lage der im Kaiserlichen Statistischen Amt beschäftigten Hilfs-

arbeiter. „Trotz zum Theil achtjähriger Dienstzeit zur vollen Anwesenheit des Direktors“, schreibt er, „arbeiten diese Herren ohne Urlaub, bei täglicher stündlicher und 4 H. Pösten, die im Behinderungsfalle nicht gezahlt werden, die sie aber trotzdem in Stufe 6 voll verdienen müssen, ohne jegliche Aussicht auf Anstellung oder Beförderung. Sind es Beamte, so könnte man sie nur mit dem halben Einkommen zur Kommunalsteuer veranlagten, sind es Arbeiter, dann sollte man sie überhaupt mit dem 300fachen Betrage ihres Tagelohnes (1200 Mk.) in Stufe 4 verdienen.“

An anderer Stelle heißt es: „Auch über die Behandlung durch die Sekretäre wird geklagt; dieselben legen, wie mitgeteilt wird, den Hauptdruck auf die „Disziplin“, und werfen es Hilfsarbeitern vor, daß sie keine Militärschwärzer oder Steueranwärter sind. Schwer empfinden wird auch eine Verfügung vom 1. März 1888, welche sogar bestimmt, daß die Hilfsarbeiter, die sich ausschließlich an den gebildeten Kreisen rekrutiren, über den Hof durch den Thorweg gehen sollen; Kamplienier und Sekretäre gehen durch die Hausthür. (Aur für Herrschaften!) Bei den Kommunalbehörden, noch jüngst beim Berliner Magistrat, bringt sowohl der Minister des Innern, als auch der Regierungspräsident auf endliche Anstellung der größten Theils der Hilfsarbeiter. Im Kaiserlichen Statistischen Amt bleibt Alles beim Alten. Den 5000 Mann stehen 200 Hilfsarbeiter gegenüber.“

Und warum? Die Antwort spricht ganze Bände: „Als Genußschub für eine pelamäre Aufbesserung führte der Herr Minister v. Bütticher in der vorigen Reichstagsession die im Amt beschäftigten Offiziere an, denen eine Anstellung nicht erwünscht wäre. In Wirklichkeit kommen nur 16 Offiziere in Betracht.“

Und um dieser 16 Offiziere willen, die nebenbei ihre Pension und sonstiges Vermögen — ererbte oder ererbthe — haben, müssen über 180 Männer sich mit einem Hungerlohn begnügen und mit einer Behandlung fähig nehmen, wie sie ein ausländischer Knecht seinem Hausknecht nicht zumuthet. Weil den 16 die Anstellung „nicht erwünscht“ wäre, müssen die 180 ewig Hilfsarbeiter auf Dänen bleiben. 16 Offiziere wiegen über 180 Zivilpersonen auf. Wer das nicht von der Herrlichkeit und Zweckmäßigkeit des Militärsystems überzeugt, der ist einfach unlehrbar.

— Ja, Bauer, das ist ganz was anderes. Die fortschrittliche „Postliche Zeitung“ veröffentlicht jüngst folgende, ihr aus Sachen zugehende Mittheilung:

Die Vergehen der Aht- und Berufserklärung scheinen im Königreich Sachsen von Seiten der Bedehnen neuerdings eine andere Beurtheilung zu finden wie bisher. Während im Dezember v. J. die Amtshauptmannschaft zu Glauchau eine Verordnung erließ, welche die Ahterklärungen von Gewerbetreibenden verbietet und mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bedroht; während die sächsischen Gerichte bis vor Kurzem Strafen auf Grund des „Groben Unjugs-Paragraphen“ bis zu sechs Wochen Haft wegen Berufserklärungen wegen Sachverständigen gegen Mitglieder der Arbeiterpartei festsetzten und das Oberlandesgericht ein solches Urtheil in Sachen eines Sozialprozeßes bestätigte; während weiter Redaktionen sozialdemokratischer Blätter wegen Veröffentlichung von Anzeigen, welche Berufserklärungen enthielten, zu Haft von zwei bis sechs Wochen verurtheilt wurden, findet das gleiche Vergehen — allerdings in einer anderen Berufsklasse — jetzt nicht mehr dieselbe Behandlung. Der Buchhändler-Vereinsverein zu Leipzig erläßt durch seinen Vorstand seit mehreren Jahren, um die Durchführung seiner Beschlüsse zu erzwingen, gegen diejenigen Wettbewerber, welche solche Preisfestsetzungen verweigern, fast jeden Monat eine Aht- und Berufserklärung im höchsten Sinne des Wortes, indem er in dem weitverbreiteten, weil einzigen Fachblatt, dem „Vorwärts“ für den deutschen Buchhandel, öffentlich bekannt macht: „Nachstehenden Firmen ist nicht oder nur mit beschränktem Rabatt zu liefern.“ (Folgen die Namen der mit der Aht-Belegten.) Ein Antrag der durch den Postamt in ihrer Erwerbsfreiheit gewaltsam Gehörten und mit der Vernichtung ihrer Erträge Bedrohten, gegen die Berufserklärer von Antworten auf Grund des erwähnten Paragrafen einzuschreiten, wurde von der Amtshauptmannschaft in Leipzig abgelehnt.

Das fortschrittliche Blatt ist im Jertum, wenn es meint, daß diese Ablehnung ein Anzeichen einer anderen Beurtheilung des Postfalls sei, als die den oben angeführten Verfolgungen zu Grunde liegende. Im Gegentheil, die guten Sachen sind von einer geradezu bewundernswürthen Konsequenz. Es sind eben zwei ganz verschiedene Sorten von Postfall, um die es sich da handelt, genau wie in dem Fall des Junkers Alexander und seines Bauern. Beißt des Bauern Hund des Junkers Ruh, so ist das ein Verstoß gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung, die auf der Unterordnung des Bauern unter den Junker beruht, heißt aber des Junkers Hund des Bauers Ruh, so ist das bloß dem Bauern und seiner Ruh unangenehm, die Staats- und Gesellschaftsordnung wird dadurch nicht im Mindesten geschädigt. Man sehe statt Junker Kapital, bzw. Kapitalist, und man hat den Mißthat gefunden, der heute, hundert Jahre nach jenem berühmten Fall, in Anwendung gelangt. Freilich sind wir fortgeschritten. Damals hatte der Junker die eigene Gerichtsbarkeit, heute haben wir ein staatlich geordnetes Gerichtswesen, damals entschieden die Geburtprivilegien, heute entscheiden die Interessen des Kapitals, der kapitalistischen Klasse. Der Postfall der Leipziger Buchhändler gegen einige rüddige Mitglieder der eigenen Partei ist ein kapitalistischer, ist es da nicht eine Unverschämtheit, einer sozialkapitalistischen Kapitalisten zu antworten, von Antworten gegen ihn einzufahren? Die gebotenen Buchhändler sollen doch nicht vergessen, daß es über hundert Jahre her ist, daß Gellert in Leipzig lebte und lehrte. Und die „Postliche Zeitung“ und ihre Mitarbeiter sollen sich abgewöhnen, von Kapitalisten zu verlangen, daß sie wider das Kapital läden.

Das heißt ja Staatsbeamten zumuthen, den Staat zu untergraben.

— Aus Deutschland wird uns geschrieben:

Die politische Stellung der Sozialdemokratie ist durch die neuerlichen politischen Veränderungen in Deutschland nicht berührt worden, und konnte durch sie schon deshalb nicht berührt werden, weil es Veränderungen nur der Person und der Methode, nicht des Systems sind. Verändert hat sich nur die Stellung der offiziellen Macht faktoren gegenüber der Sozialdemokratie; und da diese Veränderung die Folge des Sieges ist, den die Sozialdemokratie über den Fürsten Bismarck und seine Gewaltpolitik erfochten hat, so kann sie für die Sozialdemokratie nur eine Ermunterung sein, ihre bisher befolgte, durch die Ereignisse glänzend bestätigte Politik weiter zu verfolgen, und zwar mit immer wachsendem Nachdruck.

Wir wollen hier nicht erörtern, ob die Regierung bei ihrem Vorgehen auf sozialem Gebiet von feindlichen oder freundlichen Absichten gegen uns geleitet ist, — ob sie eine ehrliche Sozialreform anstrebt oder bloß Sozialdemagogie treibt — ob sie die Sozialdemokratie als einzige Partei anerkennt, welche eine Sozialreform durchzuführen vermag, oder ob sie sich dem Wahn hingibt, durch einige sozialdemagogische Jahrmarkts-Quackalbereien die Waffe der Arbeiter von der Sozialdemokratie loslösen, und diese dann com amore „erschmeitern“ zu können. — Das sind wüßige Fragen, die uns keine Kopfwehmerzen verursachen, weil wir wissen, daß unser Schicksal in unserer Hand ist und daß es keine Macht und keine Person gibt, die im Stand wäre, unsere Partei anzuführen und uns zu „erschmeitern“.

Wenn nun aber unsere Stellung zu den übrigen Parteien und zu dem ganzen Massenstaat mit all seinen Einrichtungen ganz die alte geblieben ist, so hat sich die Stellung der übrigen Parteien und des Massenstaats, vertreten durch die Regierung, uns gegenüber eingermessen verändert. Nicht daß man uns weniger feindlich geworden wäre — dies anzunehmen würde von großer Naivität zeugen. Man hat sich jedoch in den herrschenden Kreisen von der Verfehrtheit der bisherigen Methode, und zu bekämpfen, überzeugt, und will es mit Güte und Konzessionen verlassen.

Dieser Wechsel der Kampfmethode, welcher sich in dem Verzicht auf das Sozialistengesetz am deutlichsten bekundet, kann unsere Partei in keiner Weise beeinträchtigen, bedingt jedoch auch auf unserer Seite eine Modifikation der Kampfmethode. Ob liegt auf der Hand, daß ein Gegner, der uns in anfänglicher Form ohne Anwendung von roher Gewalt gegenübertritt, von uns in anderer

Weise bekämpft werden muß, als einer, der uns brutal überfällt und banditenmäßig an der Gurgel packt.

Man misgerathe uns nicht. Eine Modifikation der Kampfmethode hat mit dem Kampfziel gar nichts zu thun. Sie umfaßt bloß die äußerlichen Formen, in denen der Kampf sich bewegt. Ein Gentleman ist nicht zu behandeln wie ein Kowboy. Darum kann allerdings der Gentleman ein weit gefährlicherer Feind sein, als ein Kowboy. Wir sind überzeugt, daß unsere Vertreter im Reichstag dies keinen Moment aus den Augen verlieren. Wir bleiben es bloß für nöthig, auf diesen Punkt aufmerksam zu machen, weil der Fernerstehende durch den relativ ruhigen Verlauf der Verhandlungen im neuen Reichstag zu irrigen Schlussfolgerungen verleitet werden könnte. Die Genossen allerorts können beruhigt sein, daß keiner der sozialdemokratischen Abgeordneten sich der Illusion hingibt, die Regierung sei zur Sozialdemokratie bekehrt worden und habe den idealischen Plan, in harmonisch-friedlichem Zusammengehen mit der sozialdemokratischen Partei das sozialdemokratische Programm zu verwirklichen. Wir sind im Gegentheil überzeugt, die Abgeordneten unserer Partei haben es sehr wohl begriffen, daß die jetzt, nach dem Sturze des alkoholischen Rüssels von Friedrücksruhe, gegen uns beliebte Kampfmethode gefährlicher ist und größere Aussicht auf Erfolg hat, als die alte Bismarck'sche Bedrückungs-Methode.

Was wir unter veränderter Methode — vielleicht könnten wir richtiger sagen: unter veränderten Ton verstehen, das läßt sich an einem konkreten Fall leicht klar machen. Da ist z. B. der neue Niederlassungsvertrag mit der Schweiz, welcher in diesen Tagen dem Reichstag vorgelegt wurde, und von ihm sanctionirt werden muß. Jedermann kennt den Ursprung und die Geschichte dieses Vertrags: die schmähliche Wohlgefahr-Affäre, das rüddelige Verfahren gegen die Schweiz — kurz eines der schmutzigsten Kapitel der an Scham so überreichen Herr Bismarck. Wäre Bismarck heute noch im Amt, so würde der Niederlassungsvertrag einen geeigneten Anlaß bieten, die Bismarck'sche Polizei- und Spionagemethode an den Pranger zu stellen und vor aller Welt zu brandmarken. Nun ist aber der Hauptvertheiler dieser Schmach inzwischen an die Luft gesetzt worden, die gegenwärtige Regierung hat sich das Bismarck'sche Spionegewerbe von den Hochthronen gestrichelt und sie hat gerade durch Abschluß dieses Niederlassungsvertrags auf das Handgreiflichste bekundet, daß sie die Abschaffung des alten Vertrags mißbilligt. Jedermann wird einsehen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten unter den obwaltenden Verhältnissen sich durch eine Philippika gegen das Spionegewerbe, welches von der Regierung desavouirt worden ist, nur lächerlich machen würden. Mit Stillschweigen kann die Sache natürlich nicht übergangen werden, allein es liegt auf der Hand, daß ein befehliger Schmutzhäufel nicht so zu bekämpfen ist, wie ein vorhandener, und daß es sich nur noch um eine Kritik post festum, um eine Kritik von mehr historischem Interesse handeln kann.

Daß die gentlemanlichen Manieren des Herrn Caprivi recht gefährlich sind, das zeigt sich an dem Schicksal der Milliardenvorlage. Wäre Bismarck noch am Ruder, so würde die Vorlage unfehlbar zu einem Konflikt geführt haben. Die Ansichten, welche uns eröffnet worden sind — die Milliarden Rekrutgaben, die uns bevorstehen, wenn der militärische Zukunftsplan durchgeführt werden soll — haben einen so erschreckenden Eindruck auf die weitaesten Volksschichten gemacht, daß selbst in national-liberalen „Mannesblättern“ oppositionelle Gesinnung sich zu regen begann. Wäre nun die Forderung in dieser Form aufgestellt und vertheidigt worden, so wäre aller Wahrscheinlichkeit nach die Ablehnung, und damit der Konflikt erfolgt. Den glatten, verbindlichen Manieren des neuen Reichskanzlers ist es gelungen, eine sichere Majorität für die Vorlage zu gewinnen und den Konflikt auf günstigere Zeit, d. h. für die Regierung günstigere Zeit, wie er mit klaffender Offenherzigkeit selbst sagte, zu verlagern.

Die Sozialdemokraten sind die Einzigen, welche die Vorlage prinzipiell, unter allen Umständen, verwerfen, und von Kompromissen oder „Kompensationen“, das heißt von einem Schacher gegen verklärte Identität oder einjährige Bewilligungen nichts wissen wollen. Die Fortschrittspartei nebst ihrem Schwanz, der Volkspartei, haben sich frisch und fröhlich an den Standpunkt dieser Schacherpolitik gestellt — ohne indeß bei der Regierung entgegenkommen zu finden. Denn diese will die Milliardenvorlage ohne jegliche Kompensation haben und wird sie haben — Dank der Willkürlichkeit des Zentrums, das auf anderweitige Entschädigungen rechnet. Der Konflikt ist der Spannung, mit dem die Regierung jetzt, im Einverständnis mit ihren parlamentarischen Hauptlangern, operirt. Und um dem Bauern noch gefährlicher zu machen, heißt es: Konflikt und Schlimmeres.“ Was soll das „Schlimmeres“ sein? Utroque? Staatsrecht? Beim bloßen Ausprechen des Wortes überläßt den biederen Philister eine Gänsehaut.

Und doch treibt die eiserne „Logik“ der „Duldsamen“ uns mit unüberstehlicher Gewalt dem Konflikt und Schlimmeren entgegen. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß der Kaiser in Selbstperson und Selbstherrlichkeit die riesige Vermehrung des Heeres, welche der Kriegsmiñister in seinem famosen „Zukunftspan“ angekündigt hat, aufs Tapet gebracht hat und entschlossen ist, Alles an die Verwirklichung dieses seines höchsten „Ideals“ zu setzen. Und bei den Mächten, die der selbe von seiner eigenen Machtstellung und der des Reichstags hat, mußte es mit wunderbaren Dingen zugehen, wenn er vor dem Ansehen seiner untrübsamen Rechte, und so sehr auch die Mehrheit des Reichstags bemüht sein mag, dem Konflikt auszuweichen — der Moment wird kommen, wo ein weiteres Ausweichen nicht mehr geht. Der Kampf zwischen Volksovertretung und Krone, der in England und Frankreich längst ausgefochten ist, muß auch in Deutschland einmal ausgefochten werden, und der Lohn unserer Bourgeoisie für die bodenlose Feigheit, mit der sie dem Kampf bisher ausgewichen ist, wird darin bestehen, daß sie in jedem Fall die Kosten des Kampfs zu tragen hat, in keinem Fall die Früchte des Sieges erntet.

— Die Debatte über den deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag fand am 13. Juni statt. Sozialistischerseits sprach Singer und Charakteristischer nach einmal in kürzester Weise das Treiben Bismarck's und seiner Offiziden zur Zeit des Wohlgefahrhandels, sowie die ganze Wohlgefahrwirtschaft des Systems Bismarck-Antstam. Der vorliegende Vertrag, der ausdrücklich schriftlich, wo die Schweiz nur berechtigt, nicht aber verpflichtet ist, von Deutschen, die sich auf ihrem Gebiet niederlassen, Legitimationspapiere zu verlangen, bedeutet eine schlagende Widerlegung der gegenwärtigen Behauptungen, mit denen Bismarck seine Aktion gegen die Schweiz eingeleitet, die Kündigung des alten Niederlassungsvertrages begründet habe. Dieser Fehlschlag habe mit einer Niederlage geendet, und der Vertrag sei das Siegel auf die Niederlage Bismarck's.

Das stimmt, wenigstens formell. Der Vertrag bestätigt, daß Bismarck schamlos gesunkert, absolut unhaltbare Behauptungen aufgestellt hat. Seine Auslegung des alten Vertrags ist im neuen ausdrücklich desavouirt. Bis soweit theilen wir die Auffassung unserer Genossen im Reichstage.

Dagegen glauben wir, daß über dieses, wie gesagt, formelle Jugeständnis an die Schweiz, die materielle Verschlechterung des neuen Vertrages nicht übersehen werden darf. Wir erörtern dieselbe, wie bereits in Nr. 23 dieses Blattes ausgeführt, in dem zweiten Artikel des Vertrages, nach welchem die Schweiz nur denjenigen Deutschen die Rechte, die der Vertrag bedingt, zu gewähren verpflichtet ist, die eine von der deutschen Gesundheitsbehörde in Bern ausgefertigte Legitimation (Immatrikulationspapier) beibringen. Damit sind alle Deutschen, die sich in der Schweiz niederlassen wünschen, der deutschen Gesundheitsbehörde in Bern, bezw. deren Spionemittel, zind sie in deren Augen politisch verdächtig, so erhalten sie einfach ihre Legitimation nicht, und sind im günstigsten Falle auf Schweizer Gebiet Geduldet, was je nachdem der Wind in Berlin weht, ihre Erträge zu einer sehr profanen macht. Sehr bezeichnend sind in dieser Hinsicht die Ausführungen des durch die Singer'sche Rede aufgeschaukelten Gräfinnenministers Putzamer. Der weiland Rührer der Jüngling-Mahlens, Schröder, Kaufmann und Konsorten, der zwar seinen wohlbedachten Posten hat lassen müssen, dessen Kreaturen aber noch in den Ministerial-Büreaus sich herumtreiben, und auf Gelegenheit zu neuen Heidenhainen lohen, sagte z. B.:

„Ich finde nirgends auch nur eine Spur davon, daß die deutsche Regierung zu irgend welcher Konzession der Schweiz gegenüber sich herbeigelassen, die man ihr abgeringen darf. Im Gegentheil, ich finde z. B. in dem Art. 2 eine erhebliche Verbesserung gegen den früheren Art. 2. Er verfährt die Stellung der deut-

ichen Regierung zu diesen Fragen wesentlich. Der alte Art. 2 enthält keine Bestimmung darüber, wie weit der Reichsbesitzer den Reichsangehörigen gezogen werden sollte, welche unter Verletzung der betreffenden Papiere einen Anspruch auf Niederlassung in der Schweiz haben sollten. Jetzt ist ausdrücklich durch den Art. 2 festgelegt, daß alle diejenigen Personen, welche von der deutschen Gesellschaft mit einem Zeugnis über den guten Namen versehen sind, und die deutsche Reichsangehörigkeit haben, das Recht der Niederlassung in der Schweiz haben. Damit ist selbstverständlich der Schweiz nicht das Recht entzogen, auch ohne die Vorbringung solcher Legitimationspapiere eine Niederlassung zu gestatten. Aber es ist andererseits doch im Artikel 2 der Anspruchs auf Niederlassung an sehr viel konkretere und mehr zulässige wie bisher gewährte Bedingungen geknüpft. Früher bedurfte es nur eines Heimathscheines und des Atestes der Ortsbehörde über die deutsche Reichsangehörigkeit und den guten Namen. Ich will den deutschen Ortsbehörden nichts Liebes nachsagen. Aber es kann nicht bestritten werden, daß aus höherer Wechselseitigkeit sehr oft Verhältnisse unterlaufen sind, die bei einer so hoch stehenden Behörde, wie der deutschen Gesellschaft, kaum vorkommen werden.

Das heißt, aus dem Gentleman-Deutsch des Puttkamer in eheliches Deutsch übertragen: die Ortsbehörden haben nicht so viel Spitzel zur Verfügung, als die Gesellschaft in Bern. Sie haben sich zuweilen damit begnügt, von der Feststellung, daß einer kein Spitzel sei, seinen Militär-Verpflichtungen zu genügt hat, die Ausstellung des Heimathscheines abhängig zu machen, dieser „Irthum“ kann der Gesellschaft nicht passieren.

Und auf die Gefahr hin, Bismarck einen Erfolg zuzusprechen, müssen wir seinem ergebensten aller Hausknechte Recht geben. An die Nebenarten, mit denen er seine Aktion einleitete, hat der freche aller Vagabund und Fälscher unter den Diplomaten ja selbst keinen Augenblick geglaubt. Er wußte, die Schweiz ist klein und das Deutsche Reich groß, und da er auch sonst seine Pappenheimer in Bern kannte, so lag er, was ihm gerade einfiel. Genau, wie der Wolf es mit dem Lamm am Bach machte. Die von dem gefräßigen Lurche erhobene Beschwerde, daß ihm das unten am Bach stehende Lamm das Wasser trübe, endete befremdlich damit, daß der Schweizer Bundesrath — pardon, das unglückselige Lamm „erfolgreich“ verprügelt wurde. Niemand preist aber deshalb den alten Hegramm als einen großen Diplomaten — er gilt trotz dieses „Erfolges“ als das Urbild eines brutalen Tölpels. Warum also bestreiten, daß in der Sache Bismarck gegenüber dem Lamm — wollte sagen, dem Schweizer Bundesrath seinen Willen durchgesetzt hat? Der Vorber war so wohlthun zu erlangen, daß er seine Empfänger nicht ehrt, sondern schändet.

Von den Leuten der „freien“ Republik Hamburg liegt schon wieder eine Leistung vor, die beweist, daß es mit dem „aufgeklärten Bürgerthum“ derselben total zu Ende ist, ihre Leuter „aber auch ganz“ auf den Bismarck-Puttkamer gekommen sind. Der Blüthler meldet triumphirend darüber:

„Eine grundrühliche wichtige Frage ist in Hamburg betreffs der Arbeiterverhältnisse von Senats wegen entschieden. Die Armenpfleger sind angewiesen worden, ausländischen Arbeitern keine Unterbringung mehr zu verorbolen und der Polizei anzuzeigen, sobald Familien durch die Arbeitseinstellung ihres Ernährers in Noth gerathen, damit gegen dieselben polizeilich eingeschritten werden kann. Die gesetzliche Grundlage hierfür bietet der § 261, Nr. 5 des Reichsstrafgesetzbuchs, welcher lautet: „Wer sich dem Mißgange dergestalt hingibt, daß er in einen Zustand geräth, in welchem zu seinem Unterhalte oder zum Unterhalte derjenigen, zu deren Erhaltung er verpflichtet ist, durch Vermittlung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß, wird mit Haft bestraft.“

Man wird unwillkürlich an die famosen Deduktionen erinnert, mit denen der dableibe Empfänger der Bismarckspenden seiner Zeit die famosen Diktandenprozesse einleitete. Genau dieselbe Abschlüß, dieselbe schamlose Verdrückung des Sachverhalts, um mit Hilfe der Herabdrückung irgend eines obliquen Paragraphen, der auf den wirklichen Fall genau so paßt, wie die Faust auf's Auge, dem polizeilichen, wenn dem Mißgange einen Stein zu brechen. Daß der liebe „Wah“ umsonst ist — daß die Hamburger Arbeiter eher zum Knecht werden könnten, als die Armenunterstützung anzunehmen, kann hier unerörtert bleiben. Auch die Diktandenprozesse hatten praktisch nicht den geringsten Erfolg. Aber die Infamie der Gefinnung hier wie dort wird durch den Fehlschlag der Maßregel nicht abgeschwächt, im Gegenteil, sie tritt nur um so greller hervor.

Unterhalb Millionen Mark beträgt nach einem Telegramm der „Frankfurter Ztg.“ das „Garantiekapital“ des zur Abwehr des jüdischen Vorgehens gegründeten „Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona. Unterhalb Millionen Garantiekapital, um die Löhne drücken, die Arbeitszeit so weit als möglich ausdehnen und die Arbeiter als willenlose Sklaven nach Belieben zu können. Unterhalb Millionen, um die Arbeiterschaft der „freien“ Hansestadt auf das Niveau der Tagelöhner pommerischer oder ostpreussischer Landmagnaten herabdrücken zu können. Für diesen „Kulturkampf“ haben sie sofort unterhalb Millionen zur Hand, sie, die sich einer Forderung von nur eintausend Pfennigen Lohnrückzahlung pro Tag gegenüber geben, als ginge es ihnen an Holz und Krogan, als seien sie die Rothleibenden, denen vorerst geholfen werden müsse. Fürwahr, bei denen hat die erzieherische Wirkung des Systems Bismarck-Puttkamer vortrefflich angefallen. Sie verdienen den unersättlichsten aller Willkür zum Greuze, zum veritablen Mitbürger. Und sie haben sich wohl gehen, zum Geschäftsführer ihres Verbandes einen Mann zu wählen, der den schönen Namen Vielhaber führt. Vielhaber sind sie ja alle, viel haben sie, und viel, immer mehr wollen sie haben, diese Herren, die sich Arbeitgeber nennen, weil sie von dem Ertrage der Arbeit Anderer sich mästen.

Kein Zweifel, daß sie mit ihrem Verband Erfolg haben werden. Er wird sogar grandios sein. Genau so grandios, wie der Erfolg, den ihr genialer Mit- und Ehrenbürger mit seinen Replikensfonds und seinen Ausnahmeregeln gehabt hat. Sie wollen die Fachvereine erdrücken, die Arbeiterorganisationen zerstören? Wir gratulieren ihnen zu den Folgen, die sie damit für sich heraufbeschwören. Auf sie die Sintfluth!

Deutsche Justiz. In Leipzig ist neulich ein Arbeiter, der am Wahltag in Genuß eines Studentenschluppers eine heftige Ohrfeige gab, infolge davon dem Studenten das Trommelfell zertrümmert, zu einem Jahr Gefängnis verurtheilt worden.

Wir sind Gegner jeder Nothzeit, und weit entfernt, es zu beschuldigen, wenn Leute in unsern Reichen sich solcher schuldig machen. Immerhin ist jedoch zu betonen, daß die Arbeiter in Leipzig und Umgebung von den Studenten, die bei den „Ordnungspartien“ Schlepperdienste leisteten, im höchsten Grade provoziert worden waren, und wenn daher der verurtheilte Arbeiter, als ihn der betreffende Student anrannte, derb antwortete, so ist das zum Mindesten erklärbar. Im umgekehrten Fall wäre der Student mit einigen Wochen Gefängnis davon gekommen, wenn nicht gar mit einigen Tagen, wie kürzlich der bayerische Unteroffizier, der einen Soldaten ebenfalls geohrfeigt hatte, daß ihm das Trommelfell zertrümmert, dort, wo der Borgehete sich an einem Untergebenen vergriff, der ihm gegenüber wehrlos dastand, wo also die Sache zehnmal ernstlicher lag, „nahm“ der Gerichtshof mildernd an, der Unteroffizier habe dem Soldaten „keinen Schmerz bereitet“, und erkannte auf drei Tage Gefängnis. Hier, wo gleichberechtigte Gegner — nely, wo der Arbeiter einem Gegner gegenüberstand, der eine privilegierte Stellung genießt, hier wird sofort auf ein Jahr Gefängnis erkannt. Und wir sollen den Richtern zustimmen, daß sie ohne Rücksicht der Person noch Recht und Gewissen geübt? Immermehr. Das ist Parteijustiz, nichts als traffe Partei- und Klassenjustiz, und die Richter, die das Erkenntnis gefällt haben, haben den Begriff des Rechts mit Füßen getreten. Es gibt in Deutschland Justiz, aber Gerechtigkeit ist eine andere Sache.

Der schlechte Geschäftsgang — schreibt man uns — hat wieder die gewöhnliche Folge: die Kapitalisten benutzen die Gelegenheit, um alle Korporationen, die sie den Arbeitern in der „guten Geschäftszeit“ zu machen genöthigt waren, zurückzunehmen und die Arbeiter in die alte Ausgangsstraße zu schieben. Es ist

unter solchen Umständen ein wahres Glück, daß das „Streifhieb“, welches in jüngerer Zeit einen wirklich beunruhigenden Charakter erlangt hatte, etwas nachzulassen beginnt. Daß gerade in solchen Zeiten, wo die Prospektivität in das Gegentheil umschlägt, Streiks besonders häufig sind, ist übrigens eine schon oft beobachtete Erscheinung, die ihre natürliche Erklärung in der Thatlage findet, daß die Arbeiter nicht so gut wie die Kapitalisten in der Lage sind, den Markt zu überblicken und daß sie sich deshalb leichter über die gegenseitigen Machtverhältnisse täuschen.

Die meisten Streiks der letzten Wochen haben entweder mit Niederlagen der Arbeiter oder mit Scheinfolgen geendet; und selbst die großen Streiks in Hamburg können trotz der vorzüglichen Organisation der dortigen Gewerkschaften nur mit den größten Opfern fortgeführt werden.

Bei dieser Lage der Dinge kann den Arbeitern nicht dringend genug an's Herz gelegt werden, nur wenn die zwingendsten Gründe vorliegen und nur nach genauester Erwägung des Für und Wider zu der Waffe der Arbeitseinstellung zu greifen.

Thut nichts, der Jude wird verbrannt. Am 4. Juni stand in Karlsruhe der Redakteur der „Arbeiter-Chronik“, Gen. S. Dehne, vor Gericht. Er sollte am 19. Februar in einer Wählerversammlung in Bezug auf die von der Arbeiteridung betreffenden kaiserlichen Erlasse den Ausdruck „Wahnersingerei“ gebraucht haben. Dehne bestritt das Entschieden; mit letzterem Ausdruck habe er nur die Verträge der gegnerischen Parteien, die kaiserlichen Erlasse zur Wahllegitimation zu demagen, treffen wollen. Obgleich die Jengen in demselben Sinn ausfielen, obgleich ferner selbst von polizeilicher Seite Dehne besetzt wurde, daß er als Redner vorzüglich aufzutreten pflege, obgleich endlich der Polizeibeamte, der die betreffende Wählerversammlung überwachend hatte, seine Notiz nicht unmittelbar, sondern erst später aus dem Gedächtnis niedergeschrieben hatte, erkannte der Patriarch — nicht doch, die Strafkammer des Würzburger Landgerichts, daß Dehne dem deutschen Staate beleidigt habe und verurtheilte ihn zu drei Monaten Gefängnis.

Hoffentlich legt Dehne Revision ein und läßt sich die Revisionsbegründung vom Reichskongress a. D. anfertigen. Dem Armen Mann, für den schon wieder der Klingelbeutel herumläuft, würden die paar Mark Nebenverdienst sehr gut thun, und auf den Gegenstand selbst verzichte er sich, wie kein zweiter in Deutschland.

Immer unerschämter. In Ruhrort — berichten deutsche Arbeiterblätter — haben die Verwaltungen der Bergwerke und Fabriken ein Abkommen, daß Arbeiter, welche auf einem Betriebe beschäftigt waren, erst drei Monate nach Abgang von diesen auf einem anderen Werke in Arbeit genommen werden. Das ist so etwa die Einführung der Leibesgenossenschaft. Ein Arbeiter ist der willkürlichen Ausraubung überantwortet, der schlechtesten Behandlung preisgegeben, er darf sich seinen Weingern nicht entziehen, ohne daß er verurtheilt ist, drei Monate mit Weib und Kindern dazwischen zu gehen, dadurch zu verkommen und womöglich in's Gefängnis zu kommen. Die Arbeiter wollen dieserhalb an den Reichstag petitioniren.

Da thun sie sehr recht daran, denn gerade im gegenwärtigen Moment, bei Berathung der Gewerbeordnungs-Novelle, wird sich auszeichnende Gelegenheit bieten, diese kapitalistischen Nichtwürdigkeiten gebührend zu brandmarken.

Eine Pfingststrende. „Am zweiten Pfingstfesttag“ schreibt man dem sächsischen Wochenblatt vom Königstein — war den Besuchern der sächsischen Schweiz eine mehr oder weniger freudige Ueberraschung bereitet. Auf dem höchsten Punkte des Pfaffensteins wehte eine große rote Fahne, die weithin sichtbar war. Natürlich haben sich die reichstreu Besucher der Gegend weidlich darüber geärgert, da sie die Fahne als sozialdemokratische Demonstration ansehen. Ihr Karger machte sich meist in süßlichen Redensarten Luft. Als ein händwändiger Vierpatriot sich in Händchen erging, bemerkte einer der Mitbesucher des Pfaffensteins sehr trocken: wenn grün weiche Fahnen aufgezogen seien, könne man auch einer rothen die Anwesenheit nicht verbieten; übrigens sehe ja die rote Farbe weit hübscher, als das verwaltene Grün-Weiß. Der Karger war um so größer, als es total unmöglich ist, den Felsen, auf welchem die Fahne aufgezogen war, zu erringen. Der Besucher der auf dem Pfaffenstein befindlichen Restaurents terzte frundenlang zwischen den Felsen und Büschen umher, konnte aber das Ding nicht erwischen; jersindanden und mit zeretzten Kleidern lehrte er zurück. Nicht besser erging es einem nachfolgenden Touristen, den eine fieberhafte Sehnsucht nach der Fahne gepackt hatte. Der Punkt ist so unzugänglich, daß das „rote Geheiß“ wohl noch heute den patriotischen Touristen die Freude an der Partie schmälern dürfte. Der Arbeiter, der die Fahne aufgehört, hat den Felsen unter Lebensgefahr erkliegen.

Und mit solch unverwundlichen Gefellen wollen unsere Gegner fertig werden!

O Schilda, mein Vaterland! In Dschay entzog bei der letzten Wahl der Obergradam Gebler bei einer Wählerversammlung einem Redner, der Bouslanger als einen Handwurz bezeichnet, das Wort; denn „Bouslanger sei ein General, und daß ein General ein Handwurz genannt werde, könne er als gebildeter Militär nicht leiden.“ Ueberrigens entzog derselbe Beamte den Redner sofort das Wort, wenn vom „Septennatschwindel“ gesprochen wurde.

Unmüßig hinzuzufügen, daß Dschay in Sachsen liegt.

In der Stiderei-Industrie im sächsischen Voigtland — lesen wir in deutschen Zeitungen — wird nach einem Beschuß des sächsischen Stidereiverbandes diesen Sommer von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, also 14 Stunden täglich, gearbeitet, obwohl schon jetzt zahlreiche Maschinen wegen Mangel an Aufträgen stillstehen. Die Arbeiter der Branche berathen, sollen jetzt manche ihrer Kollegen täglich 40-50 Pfennig verdienen, da sie ungenügend beschäftigt sind. Wiederholt wurden beim sächsischen Stidereiverbande Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt, die jedoch nie berücksichtigt worden sind, da die Fabrikanten einzelner voigtländischer Orte glauben, ohne die lange Arbeitszeit nicht bestehen zu können.

Natürlich. Wann hätten Fabrikanten — einzelne weisen haben abgerechnet — je geklagt, ohne lange Arbeitszeit und niedrige Löhne „bestehen zu können“? Die Herren begreifen nicht eher, daß es auch anders geht, bis ihnen der Beweis durch die Logik der That sachen geleistet wird.

Was die deutschen Arbeiter für ihre Vorkämpfe andgeben. In Weimar tagte in der Pfingstwoche ein allgemeiner Kongress der deutschen Metallarbeiter, der von 146 Delegirten mit 180 Mandaten aus 88 Orten besucht war. Auf diesem Kongress legten u. A. die Vertrauensmänner der verschiedenen Spezialbranchen des Metallarbeitergewerkes Rechenschaft ab, und wir entnehmen darüber dem Bericht des Berliner Volksblattes folgende interessante Zahlen:

„Hierauf erhält zum ersten Punkt der Tagesordnung, Berichterstattung der Vertrauensmänner, zunächst der Vertrauensmann der Metallarbeiter, Zehn, das Wort, der in florer und freiflicher Weise die Kämpfe schilderte, welche die Metallarbeiter in den letzten beiden Jahren zu bestehen hatten. An Einnahmen und Ausgaben für Agitation gingen durch die Hände dieses Vertrauensmannes 343 Mark, für Streiks 1474 Mark.

Dem Vertrauensmann der Schlosser, Jung (Hamburg) wurden an Streikgeldern überwiesen: 4686 Mark, von denen 3990 Mark zur Vertheilung gelangten. Die Einnahmen für Agitation betragen 1020 Mark, denen 823 Mark Ausgabe gegenüber standen. Bei dem Vertrauensmann der Klempner, Wegner (Hamburg) waren für Streiks 3937 Mk. eingegangen, wovon 3620 Mark an Streikende zur Auszahlung gelangten. Weich schwere Opfer die sozialen Kämpfe den Arbeitern auferlegten, zeigte der Bericht des Vertrauensmannes der Formier, Schwarz (Eudach). Durch die Hände dieses Vertrauensmannes gingen 48.000 Mark Streikgelder. Doch ist in dieser Summe noch nicht die Hälfte der wirklich gezahlten Unterhaltungen enthalten. Kostete doch allein der Hamburger Streik bis zum 1. April dieses Jahres 80.000 Mark, der Braunschweiger Streik 37.000 Mark, der Streik in Altona-Mitte 20.000 Mark, der Streik in Hannover 16.000 Mark u. s. w.“

Aber auch diese Zahlen sind bei Weitem nicht erschöpfend, sie geben nur die Summen, die durch die Hände der Komitees z. gehen. Was außerdem an Unterhaltungen geleistet, was Zeitens der Streikenden materiell geopfert wird, ergibt noch ganz andre, oft doppelt und drei-

fach so große Summen. Fast alle diese Opfer mühten aber nur gebradt werden, weil verächtlicher Hochmuth und bornirter Egoismus die Ausbeuter sich, gleich verzogenen Kindern, gegen jede Forderung der Arbeiter sperren läßt, selbst wenn sie dem Unterechmerthum absolut nicht nachtheilig, ja eher noch von Vortheil sind.

Aus Basel geht uns von dem dortigen Posamenten-Verein ein Aufruf zu, gerichtet an „sämmliche der Textil-Industrie angehörende Verbände, Genossenschaften und Vereine, als da sind: Weber, Färber, Spinner, Sticker, Wirker und verwandte Berufsarten.“ Dieselben werden in dem Aufruf eingeladen, die Frage der Abhaltung eines

Internationalen Textilarbeiterkongresses, zu dem der einberufende Verein die Initiative ergriffen hat, zu berathen und ihre Beschlüsse, sowie ihre genaue Adresse zu demselben mitzutheilen, damit er alsdann Weiteres veranlassen kann. Zweck des Kongresses soll sein, Mittel und Wege zu berathen, wie die Lage der Textilarbeiter zu bessern, sowie eine engere Verbindung unter denselben anzubahnen. Die Bestimmung des Orts des Kongresses bleibt späterer Abmachung überlassen.

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Unsere Genossen in Amerika haben bereits beschlossen, den Kongress, wenn er zu Stande kommt, zu beschicken. Es hängt daher, Kollegen diesseits des Ozeans, von Eurem Entschluß ab, ob unsere bisherigen Bemühungen von Erfolg gekrönt werden sollen oder nicht. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß die Arbeiter der alten Welt vor denen der neuen nicht zurückbleiben werden. Beweist durch Eure Zustimmung zu unserm Vorgehen, daß Ihr Eure Lage erkannt habt und entschlossen seid, theilzunehmen an dem großen Kampf um die Verbesserung unserer Klassenlage, um unsere Existenz! Mit Brudergruß und Handschlag! Basel, Ende Mai 1890.“

Die Kommission des Posamentenvereins Basel. NB. Alle Arbeiterorgane und arbeiterfreundlichen Blätter werden um, wenigstens auszugeweihe, Publikation dieses Aufrufs gebeten.

In Oesterreich hat bei den Arbeiterständen der letzten Zeit wiederholt die Platte geschossen. Ueber einen dieser Fälle, wo das neue Wiener Gesetz gegen Proletarier so herrlich bewährt hat — wir meinen die Grischungen in Biala — ist im „Sozialdemokrat“ bereits berichtet worden. In der neuesten Nummer der „Wiener Arbeiterzeitung“ finden wir nun auch authentische Angaben über die Grischungen in Rürschan (Böhmen), und diese sind so charakteristisch, daß sie auch hier mitgetheilt zu werden verdienen.

Die Vorgänge in Rürschan, heißt es da, haben den Jungfischen Anlaß zu einer Interpellation gegeben, welche allerdings von unserer „liberalen“ und „antiliberalen“ Presse zum größten Theile todgeschwiegen worden ist, welche aber democh ein großes Licht auf das Vorgehen bei solchen Gelegenheiten wirft. Sie lautet:

„Interpellation des Dr. Dyl und Genossen an Seine Excellenz den Statthalter von Böhmen anläßlich der Ereignisse in Rürschan. — (Aus dem Sitzungsbericht des böhmischen Landtages vom 30. Mai 1890.)“

Aus den Berichten der Mütter und Aussagen glaubwürdiger Jengen ergibt sich die nothwendige Annahme, daß der kommandirende L. u. L. Offizier von in Biala garnisonirenden Regimente Nr. 73, dessen Regimentsparole die deutsche ist, wegen seiner Unkenntnis des Tschechischen beim Einschreiten des L. u. L. Militärs in Rürschan gegenüber den streikenden Bergleuten, die Vertreter der Bergleute, welche die Ausfolgung von ihnen rechtmäßig gebührenden Lebensmittelmarken verlangten, nicht verstand, und daß derselbe, ohne daß sich das Volk irgendwie drohend verhalten hätte, und ohne daß es zuvor zum Auseinandergehen aufgefordert worden wäre, sinmal in dasselbe vorzuschieben befohl. — Es wird auch berichtet, daß das Volk zuvor auch von der L. u. L. Behörde keinerlei Belehrung und keinerlei Warnung empfang, daß man auf das (deutsche) Wort Halt! nicht weiter vordringen dürfe, da widrigenfalls das Militär einschreiten möchte, und es ist also der Tod zahlreicher Ernährer von Familien auch durch diese entsehlische Nachlässigkeit verurtheilt.

Namentlich aber fällt in's Gewicht die Nachricht, daß im Verle einiger Verwundeter auch Geschosse aus Nevalbern gefunden wurden, welche noch vor den Salven des Militärs abgeschossen, einen geradezu menschenwürdevollen Ueberfall des Volkes bedeuten würden.

In Erwägung, daß diese Behauptungen in der Bevölkerung berechtigete und gefährliche Erbitterung hervorgerufen, und in weiterer Erwägung, daß durch die eben angeführten Thatfachen sich nicht nur die pflichtmäßigen Rücksichten auf Menschlichkeit, sondern auch die gesetzlich gültigen Vorschriften nicht recht erwiesen würden, fragen die Beerrigten: 1. Wurde in dieser Angelegenheit eine strenge alleseitige Untersuchung eingeleitet und werden die Ergebnisse derselben öffentlich veröffentlicht werden? Werden Maßregeln getroffen werden, damit ähnliche geradezu ungläubliche Vernachlässigungen und Fehler sich künftighin nicht wiederholen können?

Wir fügen hinzu, fährt die „Arbeiterzeitung“ fort, daß nach den bisher unabweisbaren Nachrichten der „Narodny Listy“ die in den Leibern der Rürschaner Proletarier vorgefundenen Revolverkugeln von den aus den Fenstern schießenden Vertheidigern stammen. Wenn das wahr ist, so möchte es doch nahe liegen, zu untersuchen, ob diese „treuen Diener ihres Herrn“ wenigstens mit Wappenspaß und Jagdharke ordnungsgemäß ausgerüstet sind. Vielleicht könnte man ihnen, immer vorausgesetzt, daß die Meldung der „Narodny Listy“ richtig ist, doch mit einer Anklage wegen „Wilderns“ von Geschossen näher treten.

Die Jungfischen haben der Interpellation, wie man sieht, eine nationale Färbung gegeben. Uns scheint immerhin, daß die Sache vom menschlichen Standpunkte einige recht fragwürdige Seiten habe. Der Statthalter antwortete in aller Eile mit den üblichen Ausreden. Er mußte eben schnell den „Ausgleich“ fertig zu bringen suchen; da gab's in solchen Pappalaten wenig Zeit. Wertwürdig! Die Bergarbeiter von Rürschan gehören einer spradlich gemischten Bevölkerung an; Deutsche und Tschechen sind unter ihnen. Und doch hatten sie gar kein Verlangen nach dem „Ausgleich“ gehabt, denn sie waren nie im Streite gegen einander gewesen. Sie verlangten um ein Weniges mehr zu essen! Wie es scheint, bekommen sie das nicht. Dafür aber „Ausgleich“ und — Bleistegen von allen Stallern.“

Das ist die Lösung der sozialen Frage nach dem Herzen der Sozialgeiste. Lieber werden, als einige Pfennige Lohnrückzahlung bewilligen.

Aus Frankreich. Vergangenen Montag fand hier im Saale der Gremitage ein von den Vorisern Marxisten einberufenes Profestmeeting gegen die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen russischer und polnischer Revolutionäre statt. Dasselbe war über alles Erwartetes zahlreich besucht. Die Sitzplätze waren schon lange vor Eröffnung der Versammlung besetzt, in den Gängen und am Eingange des Saales drängte sich Kopf an Kopf ein großer Theil des herbeigeströmten Publikums umher. Die Versammlung bestand zum überwiegenden Theil aus Arbeitern, darunter viele Frauen.

Der sozialistische Abgeordnete Ferroni führte den Vortrag. Von sozialistischer Seite aus protestirten Verrancs, Gemeinderath Ballant und Jules Guesde gegen die Maßregelung politischer Flüchtlinge und die Verlegung des Asylrechtes. Da von boulangistischer Seite verurtheilt worden, sich unter dem Vorwande des Protektors gegen die Regierung mit den Sozialisten zusammenzuschließen, so wies Ballant in überzeugender Weise nach, daß zwischen Boulangisten und Sozialisten durchaus keine Gemeinschaft, nicht einmal die einer gelegentlichen Aktion möglich ist. Ueberhaupt siehe den politischen Individualisten die Wendigkeit schließt an, zu Gunsten der russischen Revolutionäre zu protestiren, während doch Boulangier, seine Leute und seine Presse in den eifrigsten Anbetrachten des despotischen Jaren und der russisch-französischen Allianz gehoben, und russisches Gold reichlich in die Kriegskasse der zaristischen Bewegung geflossen sei. Ein Abgrund trenne die Sozialisten von Leuten, welche im Besitz der Herrschaft Constanz an Revolution überreifen würden. Dieser begnüge sich damit, russische Revolutionäre verhaften zu lassen, Boulangier dagegen würde dieselben direkt an die russische Regierung ausgeliefert haben.

Aus Solidaritätsgefühl, aber auch aus Achtung vor dem Prinzip der Republik sei es Pflicht aller französischen Sozialisten, gegen die grobe

Verletzung des Vorkriegs und gegen den chauvinistischen Unfug der russisch-französischen Allianz zu protestieren. Der Chauvinismus diene nie den Interessen der Nationen, sondern nur denen persönlicher Persönlichkeiten.

Den Hauptpunkt des Abends bildete unbestritten die Rede Guesde's, die sich zu einer der besten Leistungen gestaltete, die wir in den letzten Jahren von einer französischen Tribune überhaupt gehört. Guesde entfaltete alle Vorzüge und Eigenheiten seines rhetorischen Talents. Er war feurig, hinreichend erschütternd, höhnisch; die materielle Seite der treffendsten Ausdrücke, die ergehrtesten und eindringlichsten Bilder drängten sich förmlich in seinen Darstellungen. Besonders der zweite Teil derselben, wo er die Gefahren schilderte, welche der westeuropäischen Zivilisation und der Verwirklichung der sozialistischen Ideale durch die von der russisch-französischen Allianz beschlossene Sympathie drohen, war unvergleichlich und tief durchdringend. Im Anfang der Rede wies Guesde darauf hin, wie die Haltung der herrschenden französischen Bourgeoisie den politischen Forderungen gegenüber ein Markstein ihrer Verkommenheit sei. In der Morgensitzung ihrer Herrschaft, unter Louis Philippe, pensionierte sie die polnischen Emigranten, die Opfer des Parismus, und die politischen Flüchtlinge anderer Nationalitäten. Jetzt, im Bollwerk ihrer Herrschaft, macht sie sich zum Gensdarm des halbasiatischen Despoten, verlegt ihm zu Liebe das Recht und verleiht die Gedächtnis- und Gehörten. Er zeigte darauf, wer und was die russischen und polnischen Sozialisten und Revolutionäre seien, und wie sie kämpfen, um ihr Ziel zur Gewinnung des internationalen Sozialismus beizutragen. Die deutschen Sozialisten hätten darauf geantwortet, indem sie einen Polen, Janiszewski, als sozialistischen Bannträger dem bürgerlichen Kandidaten Birchow gegenüber aufstellten, die französischen Bourgeois-Republikaner, indem sie Mendelsohn nach Moskau schickten. Guesde führte weiter aus, daß unter den anormalen Verhältnissen, welche auf Rußland lasten, wie von den russischen Revolutionären keine Rede sein über die Waffen und Kampfmethoden fordern dürfen, zu denen sie durch die Umstände verurteilt sind, und daß diese es auch mit allgemeiner Zufriedenheit begrüßt worden sei, als Alexander II. der Gerechtigkeit erlag. Der Wehrwolf ist tot, aber das Wolfenrudel ist geblieben, die Sozialisten legen ihren Kampf fort und verdienen unsere Sympathien. Die russisch-französische Allianz, welche das Feindbild für die reaktionäre Völkervereinigung der französischen Bourgeoisie hergeben muß, ist ein eitel Dummheit, ja sogar ein Verbrechen, eine Gefahr für ganz Europa. Die russische Politik hat von jeher darin bestanden, die westeuropäischen Nationen aufeinander zu hetzen, sie unter sich zerfleischen zu lassen, um über sie alle zu triumphieren und auf den Trümmern der westeuropäischen Kultur die Trümmer der asiatischen Barbarei zu errichten. Dieser und ähnlicher Träume lastehafter Politiker, daß Rußland Frankreich dagegen schütze, von Deutschland erdrückt zu werden, ja ihm behilflich sein werde, seine Revolution für 1870 zu nehmen und Deutschland zu erdrücken. Der asiatisch-despotische Joch werde nun und nimmer der Retter der Republik sein. Die russisch-französische Allianz werde für Frankreich eben, wie es für das Pferd endete, als es den Menschen zur Hilfe rief, um sich an dem Hirschen rächen zu können. Der Mensch, erzählt Lafontaine, nahm die Aufforderung an, schwang sich auf den Rücken des Pferdes, rächte dessen vom Hirschen erhaltene Verletzungen, aber er hatte unterdessen dem Pferde den Nagel übergeworfen und einen Stell bauen lassen, er schmeißt es und macht es zu seinem Haustiere. Nach Deutschlands Herrschaft würde sich die asiatische Despotie wie eine furchtbare Schneelawine über ganz Europa erstrecken und die geringen Freiheiten, welche durch heisse Kämpfe, die geringe Zivilisation, welche im Laufe langer Jahrhunderte erworben, vernichtet, und damit die steine besseren gesellschaftlichen Lebens. Der Protest aus der Mitte der Bevölkerung gegen den zarenliebenden Eifer der französischen Regierung müsse dazu beitragen, die Brücke zwischen der Republik und der Despotie für immer abzubrechen. Die Republik dürfe nicht die Vorreiter zaristischen Hoffnungen, die Uniform der zaristischen Polizei tragen, sie müsse jede Gemeinsamkeit mit dem asiatischen Despoten ablehnen zum Heile der Republik, Frankreichs und der sozialen Revolution.

Dah die in kräftiger Weise das chauvinistische Götzenbild der russisch-französischen Allianz zerschmetternde Rede mit rauschendem Beifall aufgenommen, ist gewiß ein hochbedeutungsvolles Symptom der Stimmung breiter Volksschichten.

Nur eine Anzahl Anarchisten — etwa zwanzig bis dreißig Mann — boten ihr Wohlgefallen an, den Zweck der Versammlung zu vereiteln. Sie überschütteten alle Andersdenkenden, zumal die reaktionären Sozialisten, mit Verleumdungen und Schimpfereien. Auch das gelegentlich vergriffene Volk, dieser „Horden von Schafesopfen“ (les imbéciles) bekam etwas mit ab. Das Benehmen der Anarchisten hat allgemeine Entrüstung hervorgerufen; es unterliegt kaum einem Zweifel, daß sich unter ihnen Agenten der russischen Polizei und der französischen Polizei befanden. Nur dadurch kann sich ihr systematisches Benehmen erklären, durch wüthendes Schreien und Toben die Abstimmung über die Tagesordnung zu hintertreiben und das Meeting in einen Tumult ausarten zu machen.

Zum Glück ist ihnen das nicht vollständig gelungen und konnte eine Resolution, welche in kürzlicher Weise die Verfassungen brandmarkt, die Allianz mit dem Jaren als „Trug und Selbstmord für Frankreich und die Republik“ erklärt, und die Arbeiter ganz Frankreichs auffordert, den bevorstehenden Verurtheilungen und Verfassungen entgegenzutreten, zur Abstimmung und Annahme kommen.

In der „Revolte“ rühmen sich die Pariser Anarchisten, daß sie in der Versammlung, über welche unser Pariser Korrespondent an anderer Stelle berichtet, die Abstimmung über die Protestresolution verhindert haben. Da die Resolution absolut keinen Parteicharakter trug, so kann nicht einmal theoretische Meinungsverschiedenheit ihre systematischen Sprengungsversuche entschuldigen. An dem Verfehlen des Zwecks der Protestversammlung hatte kein Mensch ein Interesse als Herr Constans und der Genet-Jar.

Auch in einer zweiten Protestversammlung, die am vorigen Sonnabend unter dem Vorhau Baillants stattfand, haben die Anarchisten durch systematisches Lärmen jede Diskussion unmöglich gemacht. Und als ein Blatt, das ihnen sonst sogar die Stange zu halten pflegt, die „Egalité“, Tags darauf die sehr berechtigte Vermuthung aussprach, daß diese Störungen von Vordiebstahl angezettelt worden, wurde ihm der Beweis, daß es mit würdevollen Vertretern der absoluten Freiheit zu thun habe, dadurch geliefert, daß eine Bande von Raubhunden in die Redaktion einbrach, im Redaktionszimmer alles demolirten und einen der Redakteure mit einem bleigewichten Stock über den Kopf schlugen, daß er blutend bewußlos zusammenbrach.

Wir sind wirklich neugierig, was Herr Krapoffka, der in England — was wir ihm übrigens durchaus nicht verargen — ganz gewöhnliche Literale und Abstrakte zur Bundesgenossenschaft gegen den Jaren ausrüstet, zu diesem Vorgang seiner Pariser Genannungsverhältnisse sagt. Hoffentlich zieht er sich nicht damit aus der Affäre, daß er sagt, die Sache ginge ihn persönlich nichts an. In solchen Dingen heißt Schweigen Zustimmung.

Rußland. Die ungarische „Arbeiter-Wochen-Chronik“, die gewöhnlich über Vorgänge in Rußland gut unterrichtet ist, veröffentlicht in ihrer Nummer vom 8. Juni einen Brief aus St. Petersburg, dem wir folgende, besonders interessante Stellen entnehmen:

St. Petersburg, 9. Juni. Die politischen Verhältnisse im russischen Leben, der Mangel jeglicher Versammlungsfreiheit, haben dem russischen Arbeiter nicht gestattet, an der großen Manifestation des 1. Juni theilzunehmen oder eine solche in den großen Industriekreisen zu veranstalten. Trotzdem wäre es falsch, anzunehmen, daß der 1. Juni vorübergegangen ist, ohne in Rußland einen Widerhall zu erwecken. Wenn eine so wichtige Sache in Europa sich ereignet, so kann unsere Presse, trotz aller Verhinderung seitens der Zensur, nicht schweigen, und Tausende von Arbeitern haben erfahren, zu welchem Zwecke die Genossen des Westens sich in Paris vereinigten, um den achtstündigen Arbeitstag zu fordern.

Die Regierung, welche immerwährend verichert, daß in Rußland alles ruhig, die Arbeiterfrage in diesem glücklichen Lande noch nicht angestrichelt ist, weiß wohl, daß die russische Industrie in der letzten Zeit einen großen Aufschwung genommen hat. Ganze Städte sind und besonders die Umgebung von Petersburg hat im Laufe der letzten zehn Jahre unendlich gewonnen. Da, so man vor zehn Jahren nur leere

Plätze sah, erheben sich zur Zeit Werkstätten und Fabriken in unabsehbarer Reihe. Stromaus- und Stromabwärts sind die Ufer der Newa auf eine Entfernung von 30 und mehr Kilometer von Fabriken eingegürtet, deren Zahl von Jahr zu Jahr wächst. Der Statistik des Petersburger Regierungsbezirks ist zu entnehmen, daß daselbst kaum 5 % der Landbevölkerung vom Ertrage der Landwirtschaft leben. Der Boden ist so arm und schlecht bearbeitet, daß der Bauer sich gezwungen sieht, in der Hauptstadt Erwerb zu suchen, welchen er in der Fabrik oder bei der Fischerei, im Kleinhandel und Gewerbe, beim Waarentransport, Fuhrmannsgewerbe u. s. w. finden kann.

Diese ganze in die Hauptstadt sich ergießende Masse verfehlt nicht, der Obrigkeit Furcht einzufößen. Die Regierung zum Leiden entwickelt sich; man liest die Zeitungen und erzählt daraus jenen, welche nicht lesen können. Die Kundgebung am 1. Mai wird als einer der großen Siege des Proletariats betrachtet. Man kann nicht verbieten, zu lesen und zu plaudern. Am Vorabend des 1. Mai neuer Zeitrechnung gab der Präfect den Polizeicommissären den Befehl, sich zu den Herren aller großen Fabriken zu begeben und sie aufzufordern, die Gesinnung ihrer Arbeiter zu erforschen. Jar Ehre einiger Fabrikanten muß gesagt werden, daß sie antworteten, Alles wäre ruhig und das Gelingen der Polizei überflüssig. Indessen gab es viele Verhaftungen und mehrere intelligente Arbeiter wurden einige Tage vor dem 1. Mai aus der Hauptstadt ausgewiesen.

Die Sozialisten verschiedener Schattirung und die Arbeiter selbst veranstalteten Sammlungen zur Unterstützung der Genossen und deren Familien. Die Verhaftungen haben der Propaganda gute Dienste geleistet und haben Sympathien in den Kreisen der Opposition erweckt. Es hat sich ein Komitee gebildet zur Sammlung von Geldern und dieses Komitee hat sich in Veranlassung erklärt. Außerdem wurde auch ein Komitee gegründet, dessen Aufgabe es ist, gute Bücher im Kreise der Arbeiter zu verbreiten.

Die Arbeiter selbst vereinigen sich, um Zeitungen zu abonnieren, deren Richtung mehr oder weniger demokratisch oder sozialistisch ist und welche nach Möglichkeit befreit sind, Nachrichten zu geben von der Arbeiterbewegung des Westens.

Die soziale Frage und die Geschichte Rußlands, das ist es, was den Leser am meisten interessiert, welcher nach 12—14 in der Fabrik verbrachten Stunden noch genug intellektuelle Kraft in sich fühlt, um sich in den Abendstunden zu unterrichten, die oft sehr weit von seiner Wohnung entfernt sind, oder zu Hause die Bücher zu lesen, welche ihm von besser gestellten sozialistischen Freunden geliefert werden. In diesen Büchern findet er oft die Bekämpfung des Lebens und der Kämpfe, welche seine Brüder im Westen führen. Im Herzen gefiehl er sich zu ihren Bestrebungen. Sie können sich leicht vorstellen, welchen Eindruck die Nachricht von der imposanten und gelungenen Feier, deren Zweck so leicht zu begreifen ist, im Kreise dieser Leser hervorgerufen hat. Es ist wahr, daß ein Gefühl von Schmerz und Erbitterung sich in die Freude über den Triumph des westlichen Arbeiters mischt. „Und wir“, fragen sie sich, „immer leiden, immer nur unterdrückt sein, wie eine Herde von Thieren; aller Rechte beraubt, nur Pflichten kennend, Lesen und Schreiben können, Augen ziehen aus diesem Wissen, um sich gegenseitig zu unterrichten — ist schon ein Verbrechen in den Augen der Obrigkeit.“

Vor einigen Tagen wurde ein Arbeiter in einer großen Tuchfabrik vom Herrn derselben entlassen, auf Grund des zu großen Einflusses, den er nach Ansicht des Fabrikanten und seines Werkführers auf seine Kameraden ausübte. Er suchte und fand Arbeit in einer andern Fabrik. Wenige Tage darauf erschien die Polizei, um den Fabrikherrn darüber zu Rede zu stellen. „Sie haben einen Solchen angenommen?“ fragt der Polizist. — „Ja wohl.“ — „Sie thaten Unrecht.“ — „Er ist ein ausgezeichnete Arbeiter“, wendet der Herr ein. — „Er ist zu intelligent, geben Sie Acht auf ihn.“

Die Zeit ist die Zeit nicht mehr fern, da man den Arbeitern insinuiert wird, daß sie Zeitungen aus dem Auslande erhalten. Bis jetzt verdächtigte man nur die Propaganda der russischen Sozialisten und das bloße Bedürfnis sich zu unterrichten, welches beim Petersburger Arbeiter ein sehr reges ist, rößt den Behörden Furcht ein. Dabei leistet die Behörde, wie das gewöhnlich der Fall ist, der Propaganda gute Dienste, und erweist in dem unvorsichtigen Arbeiter Bösen, welche ihn schliehlich veranlassen, das Licht zu suchen und auch zu finden.

Diesigen, welche die Arbeiter in den von der Technischen Gesellschaft organisierten Abendkursen unterrichten, sind überrascht von dem Eifer und dem Wissensdurst, den die Arbeiter bekunden. Mit und Jung, Frauen, Kinder, versammeln sich in den Lehrsälen. Leider werden sie sehr streng überwacht, und manchmal wagen die Lehrer bei allem guten Willen nicht, die Fragen ihrer Zöglinge zu beantworten. Das läßt sich diesem Uebelstande abhelfen durch das Lesen gut gewählter Bücher.

So hat auch diesesmal der erste Mai einen ungeheuren Widerhall in Rußland erweckt. Gar manches Schmerzgefühl erhebt voll Hoffnung, angesichts des langwierigen Strages, erzeugt durch die vereinigten Bestrebungen der Arbeiter von ganz Europa. Und auch wir, Kinder des Nordens, fühlen uns unter unserem grauen Himmel erquickt durch diesen Strahl, der unsere Kräfte verdoppelt zum mühevollen aber hoffnungsvollen Kampf, den zu führen uns unsere Pflicht für unser Land gebietet.

— **Verichtigung.** Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß in unserer Notiz in vor. Nummer über die Massenverhaftungen der Züricher Polizei doch ein klein Unrecht geschehen sei. Es sei außer dem in Zürich verhafteten Fräulein Wagnung keineswegs noch eine zweite junge Dame dieses Namens in Rußland verhaftet worden, und sei der zitierte Brief, wenn überhaupt läßt, wahrscheinlich bei dieser beschlaghaft worden.

Wir nehmen von dieser Verichtigung gern Notiz, denn nichts liegt uns ferner, als ungerechten Beschuldigungen in unserm Blatt Raum zu geben. Leider können wir indes nicht sagen, daß die Züricher Polizei sich in der Massenaffäre so benommen hat, daß sie von vorn herein vor dem Verdacht, den der Einsender in voriger Nummer Ausdruck gab, geschützt war.

Zur rechtzeitigen Kenntnisaufnahme.

Bei Quartalschluß müssen sämtliche Briefabonnements vorausbezahlt sein.

Allen Bestellungen auf direkte oder indirekte Brieflieferung ist ohne jede Ausnahme die volle Baarzahlung beizulegen.

Alle nicht ausdrücklich wiederbestellten Brief-Abonnements werden gesperrt.

Ersatz für Versandverluste liefern wir nur gegen Einwendung des Porto bei Reklamationen.

Einzel-Arenzbund-Zendungen ins Ausland sperten wir mit Quartalschluß, wenn Neubestellung und Geld bis dahin ausbleiben.

Der „Sozialdemokrat“.

Für die Schweiz. Bestellungen auf den „Sozialdemokrat“

besorgen wir wie bisher prompt und tragen fortan diejenigen bisherigen Abonnenten, welche das Blatt nicht abbestellen, auch für das neue Quartal vor. Nach Ausgabe der No. 26 erheben wir Nachnahme, dafern das Abonnement bis dorthin nicht baar an uns eingekandt ist.

Die Schriften-Filiale der Arbeiterkammer in Zürich
Zähringerstraße 12

Briefkasten

der Expedition: G. Cino. Biella: Sh. 1.11 Ab. ab 1/6 bis 1/9 erh. Edg. abg. mit Kr. 24. — W. Hfm. Soudou: Sh. 10.8 f. div. S. erh. — Nat. Grot. S. A. P. in Chicago: Vd. 1.7.4 für b. Wahlid. per A. Hamilton dfo. erh. u. weiterbeforgl. — Bercin „Vorwärts“ Buenos-Aires: 11 Pfd. Ergebnis der zweiten Sammlung zur Unterstützung der Genossen in Deutschland dfo. erh. u. weiterbeforgl. 10 Pfd. a Gto. Ab. x. gutgeb. Kaiser H. v. 22/3 ist nur eine Darlegung des Vermittelten; Sie haben also etwas hineingelesen, was nicht drinn stand. „Gw.“ erhalten wir. Vllig. v. 21/5 folgt. — Herbert: M. 730.50 l. Baar u. Kassa. per Dr. u. A., sowie M. 49.50 per Ggr. erh. u. l. Belteren nach Vorchrift gebucht. Hf. mehr. — Müns: M. 60. — a Gto. Ab. x. erh. u. Gemüthsches besorgt. Vllig. folgt. Fortsetzung angenehmer. — D. fog. Leifeld Paris: Fr. 100. — in Ihrem Auftrag nach Hamburg f. d. nordlebenden Genossen besorgt u. nach Wunsch belastet. Dank u. Gruß! — Gladius: Vllig. v. 8/6 folgt. Auszug demnächst. — Schuppe: Notizen Adr. u. Vllig. v. 10/6 u. bitten Geir. eventuell nochmals zu treten. — Barao: Dank für Bericht v. 10/6. Wie sieht's denn auch mit „Rohr“ u. „Die Propheten“? Hoffentl. können wir deren Wunder bald mit Fringern greifen. Adr. sind eingekandt. Hf. mehr. — G. Hm. Kopenhagen: M. 2. — 11 per Ab. 1. u. 2. Qu., sowie Remittenden erh. Per P. A. Welteres. — G. Sch. Hlab.: Sh. 10.7 f. div. Schif. erh. u. Edg. am 16/6 bewirkt. — G. Hablich St. Paul: Hf. v. 3/6 hier u. Gröhe allseits hergl. erwidert. — Rother Dampf: M. 300. — a Gto. Ab. x. u. Hf. erh. Ad. eingekandt. Vllig. folgt in Erwartung baldmöglichster Fortsetzung. — J. B. D.: M. 5. — per Ab. 3. Qu. erh. Auch wir hoffen es. — Rofa: P. A. v. 10. u. Hf. v. 12. erh., am 14/6 benannt. — Herrot: M. 18.65 a Gto. Schif. x. erh. — Ambos: M. 80. — per Ab. 1. Qu. u. Schif. erh. Auszug folgt. — Medemms: M. 112. — a Gto. Ab. x. u. Bericht per B. erh. Näheres betr. des Beaufstandes demnächst. — Urania: Hf. v. 12. am 16/6 beantr. Von Somjag bis Montag ruht unsere Post. Dies ist bei dringlichen Fällen im Auge zu halten. — Estertrand: Bois v. 12/6 an Ort u. Stelle eingetroffen. — Karl Schwarz: Im Hf. Nr. 16 steht das Erfragte ganz ausdrücklich. Das Alte wird niedergelegt und das wackende Neue macht niederschlagen. Solche Niederschläge lassen auf eine sehr wässrige Temperatur denken. Siehe Neuheft v. 14/6. — Claus Groth: Nur so besser. Ad. Hf. geordnet u. Bestllg. notirt, sowie am 14/6 Anstirtes erwartet. — Clara: Adr. sind u. Vorlage v. 12/6 eingekandt. Reklamation mit entsprechendem Nachdruck weitergegeben. — Feuersch: Ad. u. Vorlage v. 13/6 eingekandt und weiter jugendige angeordnet. — Math u. Kraft: Hf. v. 13/6 haben sich gekrenzt. Vllig. folgt baldmöglichst. Hf. mehr. — Weichenstein: Nachrichten u. Beigabe v. G. am 16/6 richtig angelangt. Dank für Weiteres. M. 5. — per Verl. gutgeb. Hf. folgt. — G. D. u. H. Koudon: Sh. 1.9 f. Schif. u. S. D. erh. — Fuchs: M. 150. — a Gto. Ab. x. erh. Edg. per Juni vorgemerk. Thärsch. folgt, sobald endlich eine wesentliche Normalisierung des Saldo bewirkt ist. — Wlasko: Sh. 12. — a Gto. Schif. u. Hf. v. 17/6 l. Gegenrechnung gutgebracht. — Hdnig: P. A. v. 15/6 erh. u. entsprechend disponirt. — Scheide: Bois v. 15/6 erh. u. Hf. das Erfragte berichtet. Bestllg. x. folgt nach Vorchrift. Gruß! — G. G. A. A.: Dank für Referenz B. Anstirtes erwartend. A. G. geht an, aber nicht for over. — Schuppe: Hr. nach Vorlage vom 15/6 eingekandt. — Leopold: M. 9. — per Ab. 2. Qu. erh. Wir müssen bitten, künftighin voraus zu zahlen. — Scorpion: M. 50. — a Gto. Schif. x. erh. und alles Weiter nach Wunsch vorgemerk. — J. B. Hf.: Hf. u. fdb. hier. Tausch in Cincin. veranlaßt. Rommingsartikel liefern nur auf feste Vllig. Gruß. — A. Breiter, Apollon-Jarowicz: Erf. vom 9. Mal freigte mit unserer Sendung. Alles in Ordnung. Gruß.

Vor meiner Uebersiedelung nach Südamerika die herzlichsten Grüße an alle meine Parteigenossen und Freunde.
Paris, rue de la Glacière, 20.

Edmund Hoff.

Hr. Esler, Schreiner aus Schwäbisch-Hall,
wohnt in Wilmington (Amerika)
wird gebeten, seine Adresse an seinen Bruder einzufügen. Zugleich theile ich ihm mit, daß der Vater am 2. Mal gestorben ist.
H. Bauer.

Aufruf.

Der Zigarrenarbeiter und Kolporteur
Frits Wegener aus Holstein,
vor jetzt 9 Jahren aus Altona ausgewiesen und nach New-York ausgewandert (siehe Denkschrift II, Seite 77), hat seit jetzt 3 Jahren keine Nachrichten mehr an seine Verwandten gelangen lassen. Briefe seines Schwiegervaters in Altona kamen kummlich als unbestellbar an denselben zurück. Derselbe wendet sich deshalb an uns mit dem Erluchen, seinem Schwiegerlohn auf diesem Wege mittheilen, daß er ihm über eine der Familie zugefallene Erbschaft dringend Mittheilung zu machen habe.

Die Genossen in Amerika und besonders die dortige Arbeiterpresse sind freundlich gebeten, diesen Aufruf zur Kenntnis Wegener's zu bringen und die tiefgedrungen und am Grade stehenden Eltern durch höfentlich bald günstige Nachrichten weiterer Angst und Sorge zu erheben.

Vielleicht man direkt an
Herrn H. Weyer, pr. Adr. Herrn Singelmann,
Altona (Germany), Weidenstraße 71,
oder an die Unterzeichneten

G. Bernstein & Co.

Als zeitgemäße Reminiscenz empfehlen wir die nur noch in sehr beschränkter Zahl vorhandene Proklatur:

Pro Nihil.
Vorgeschichte des Armin-Projektes.
Preis: 80 Pfg., Fr. 1.—

Ferner empfehlen wir:

Der sozialdemokratische Deklamator.
Sammlung von ernsten und heiteren Gedichten.
Preis 40 Pfg.

Unsere Ziele.
Von H. Bebel.
Preis 30 Pfg. — 35 Centims.

Der Lassalle'sche Vorschlag.
Von W. Bracke.
Preis 50 Pfg. (65 Cent.)

Es werde Licht.
Poesien von Leopold Jacoby.
Preis: 65 Pfg. — 80 Cent.

G. Bernstein & Co.
114 Kentish Town Road London NW.

Printed for the proprietors by the German Co-operative Publishing Co.
Kentish Town Road 114 London. SW.